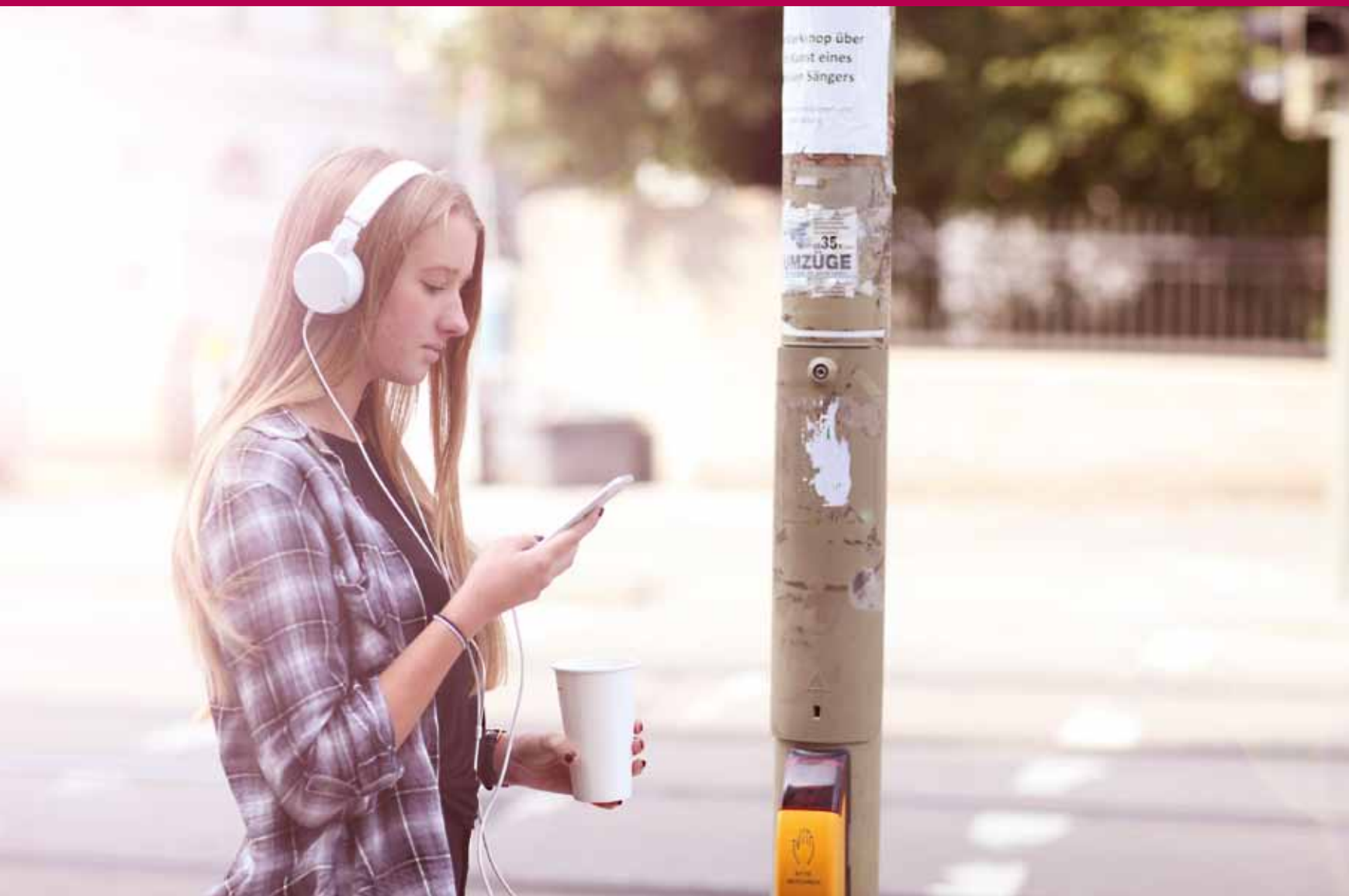




DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Die Jugend von heute

... ist pragmatisch, engagiert, idealistisch, sorgenvoll,
risikobereit, optimistisch, anspruchsvoll und umweltbewusst
(das besagt die Shell-Jugendstudie 2015).

Inhalt

Die Jugend von heute 5 – 11

Sieben Fakten	5
Wählen mit 16 – eine Schulklasse im Gespräch	6
Studie zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein	7
Rückblick 1970: Die Prügelstrafe wird abgeschafft	8
Jugendbeteiligung in Schule und Kommune	9
Jugendpolitiker und Jugendsprache	10
Leichte Sprache: Ein Schuljahr kostet 1.000 Euro	11

Ausschüsse: Elektroautos, neuer Hamburg-Ausschuss, Friesisch an den Schulen, Hilfsfonds für Heimkinder	12
--------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Im Zentrum 14 – 15

Die „Jugend im Landtag“ kommt zum 30. Mal zusammen	
----------------------------------------------------	--

Plenarberichte 16 – 17

Haushalt 2017 unter Dach und Fach	16
Öl-Förderung im Watt, mehr Rechte für Trans- und für Homosexuelle	17

Worte des Jahres 2016: Dialoge und Zitate würzen die Debatten	18
---------------------------------------------------------------	----

Die Seite für das Ehrenamt	20
----------------------------	----

Politische Bildung 21 – 23

60 Jahre politische Bildung in Schleswig-Holstein	21
Die EU, die Slowakei und die Flüchtlingspolitik	22
Philipp Schönthaler über die „Survival“-Literatur der 80er-Jahre	23
Personalien	24
Bücherecke	25
Mit plattdütsche Riemels dörch dat Johr	26
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	27
Termine, Termine, Termine	28

Lieber Leserinnen, liebe Leser,

bereits zum 30. Mal traf sich im November die „Jugend im Landtag“. 100 junge Menschen diskutierten ein Wochenende lang miteinander und mit der „großen Politik“. Die „Jugend von heute“ bildet deswegen den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Nachwuchsjournalisten haben, während die „Jugend im Landtag“ debattierte, einen Teil dieses Heftes gestaltet.

Außerdem haben wir Schüler befragt, was sie vom Wählen mit 16 halten. Ein Ergebnis: Viele wussten gar nicht, dass sie am 7. Mai 2017, bei der nächsten Landtagswahl, ihr Kreuzchen machen dürfen. Daneben befasst sich dieses Heft mit einer Studie zum Rechtsextremismus unter schleswig-holsteinischen Jugendlichen und mit der Teilhabe junger Menschen in der Kommunalpolitik. Unsere „Rückblick“-Geschichte spielt im Jahr 1970, als die Prügelstrafe aus den Schulen des Landes verbannt wurde. Zum Jahresende bringen wir auch in diesem Dezember witzige und geistreiche Zitate aus den Plenarsitzungen des Landtages. Der Stuttgarter Schriftsteller Philipp Schönthaler berichtet über die „Survival“-Literatur und die Jugendkultur der 80er-Jahre. Und: Das Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung feiert sein 60-jähriges Bestehen.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen, besinnliche Feiertage und ein schönes Jahr 2017!

Ihre Redaktion



Politiker und Promis wählen den Präsidenten

23 vom Schleswig-Holsteinischen Landtag bestimmte Mitglieder werden dabei sein, wenn die Bundesversammlung in Berlin am 12. Februar den neuen Bundespräsidenten wählt. Die Personalvorschläge der Fraktionen wurden in der Dezember-Sitzung durchgewunken.

Die Koalitionsfraktionen schicken auf einer gemeinsamen Liste namhafte Landespolitiker, aber auch Vertreter aus anderen Bereichen in den Reichstag. Die SPD hat Fraktionschef Ralf Stegner, Ministerpräsident Torsten Albig, sowie die Abgeordneten Serpil Midyatli und Martin Habersaat nominiert. Bei den Grünen sind es die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben und Finanzministerin Monika Heinold. Lars Harms vertritt den SSW. Hinzu kommen der Schriftsteller Feridun Zaimoglu, der Klimaforscher Mojib Latif, DGB-Nord-Chef Uwe Polkaehn, die Minderheitenbeauftragte Renate Schnack sowie die Schenefelder Bürgermeisterin Christiane Küchenhof.

Die CDU entsendet Ex-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, Landtagspräsident Klaus Schlie, Fraktionschef Daniel Günther sowie die Abgeordneten Hans-Jörn Arp, Astrid Damerow und Katja Rathje-Hoffmann. Die FDP hat Fraktionschef Wolfgang Kubicki und seinen Stellvertreter Christopher Vogt auf die Liste gesetzt. Als Piraten-Vertreter gehen die Datenschutz-Aktivistin Rena Tangens sowie Friederike Mey, Fraktionsmitarbeiterin und Kandidatin zur Landtagswahl 2017, an den Start.

Die Bundesversammlung besteht aus den 630 Mitgliedern des Bundestages sowie ebenso vielen Delegierten, die von den Landesparlamenten bestimmt werden. Kandidaten für das Amt des Staatsoberhauptes sind Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) als Kandidat von Sozialdemokraten und Union, der von den Linken vorgeschlagene Armutsforscher Christoph Butterwegge, der aus einer TV-Gerichtsshow bekannte Jurist Alexander Hold, den die bayrischen Freien Wähler ins Rennen schicken sowie der AfD-Politiker Albrecht Glaser.

Danker-Studie erscheint im Januar

Die Studie über die NS-Vergangenheit von schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten, Ministern und Staatssekretären soll Ende Januar in Buchform erscheinen. Das Werk, das das Flensburger Institut für Zeit- und Regionalgeschichte unter Prof. Uwe Danker erstellt hat, trägt den Titel „Landespolitik mit Vergangenheit“ und wird vom Husum-Verlag veröffentlicht. Die Studie ist auch als Drucksache des Landtages erschienen und kann unter www.sh-landtag.de eingesehen werden (unter „Dokumente“ die Rubrik „Drucksachen“ anklicken und die Nummer 4464 eingeben).

Wortwörtlich

„Schleswig-Holstein erfüllt zwar die Schuldenbremse, aber eben nicht aus eigener Kraft. Es sind ausschließlich Steuer-mehreinnahmen, zusätzliche Bundesmittel und gesunkene Zinsausgaben. In guten Zeiten zu regieren, das kann jeder. Unser Land braucht aber keinen Schönwetter-Kapitän!“

(Tobias Koch, CDU)

• • • • •

„Wir belegen einmal mehr, dass wir Wort halten und substantiell etwas dafür tun, das Leben der Menschen in Schleswig-Holstein besser zu machen. Wir wollen eine am Gemeinwohl orientierte Politik. Dort sind Ihre leeren Versprechungen, hier ist unsere konkrete Politik.“

(Ralf Stegner, SPD)

• • • • •

„Wer den Substanzverzehr der Infrastruktur so energisch vorantreibt wie Rot-Grün-Blau, der sorgt dafür, dass den kommenden Generationen ein riesiger Schuldenberg in unseren Straßen, Brücken, Schulen und Krankenhäusern hinterlassen wird, der kaum mehr politische Handlungsmöglichkeiten zulässt.“

(Heiner Garg, FDP)

• • • • •

„Unsere Entscheidungen haben das Land in den vergangenen Jahren deutlich nach vorne gebracht. Sie wollen ohne Sinn und Verstand die Investitionsquote nach oben drücken. Wer als oberste Priorität den Beton setzt, hat weniger Geld für Bildung. Wer durch Schleswig-Holstein fährt, der sieht, dass jetzt schon an jeder Ecke gebaut wird.“

(Eka von Kalben, Grüne)

• • • • •

„Das ist die Bilanz Ihrer Regierungszeit und Ihrer Vogelstraußpolitik des Wegsehens, Verschleierns und Verschleppens unbequemer Themen. Stell Dir vor es ist digitale Revolution, und das Land macht nicht mit!“

(Patrick Breyer, Piraten)

• • • • •

„Aus einem Land mit drohendem Haushaltsnotstand hat die Küstenkoalition ein Land gemacht, das anderen Ländern zum Vorbild dient. Trotz der guten Steuereinnahmen ist es keineswegs so, dass die Voraussetzungen einfacher geworden sind. Flüchtlingskrise und Schuldenbremse sind komplexe Herausforderungen.“

(Lars Harms, SSW)

”

Aus der Debatte über den Landeshaushalt 2017 am 14. Dezember. Mehr zum Thema auf Seite 16, mehr Zitate aus den Plenarsitzungen auf den Seiten 18 und 19.

Trauer um getötete Frau aus Kronshagen

Die Anfang Dezember nach einer Brandattacke gestorbene 38-Jährige aus Kronshagen bei Kiel sollte für den Schleswig-Holsteinischen Landtag arbeiten. Die aus Togo stammende und seit vielen Jahren in Kiel lebende Frau wollte zum 1. Januar 2017 einen einjährigen Dienst beim Flüchtlingsbeauftragten Stefan Schmidt antreten. Schmidt betonte: „Die Verstorbene hätte sich bei uns für den Schutz von Frauen einsetzen sollen. Es erfüllt uns mit großer Trauer, dass sie selbst solchen Schutz gebraucht hätte.“ „Wir trauern um eine Frau, die wir als neue Kollegin nicht mehr kennenlernen durften“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie.

Nebeneinkünfte sollen öffentlich werden

Die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten müssen voraussichtlich nach der Wahl im Mai 2017 ihre Nebeneinkünfte offenlegen. Das sieht ein Gesetzentwurf von SPD, Grünen und SSW vor, der nun in den Ausschüssen beraten wird. Wird das Gesetz beschlossen, werden die Einkünfte aus beruflichen Tätigkeiten auf der Website und im Handbuch des Landtages veröffentlicht. Dabei sollen sich die Parlamentarier in eine von mehreren Stufen einordnen – von unter 1.000 Euro bis über 60.000 Euro jährlich. Außerdem wollen die Koalitionsfraktionen das Abgeordnetengesetz um eine Regelung ergänzen, wonach die Ausübung des Mandats „im Mittelpunkt“ der beruflichen Aktivitäten stehen muss. Die Piraten, die das Thema in den vergangenen Jahren mehrfach vorangetrieben hatten, forderten eine sofortige Offenlegung.

Stefan Bolln neu im Landtag

Zu Beginn der November-Tagung hat Landtagspräsident Klaus Schlie den Sozialdemokraten Stefan Bolln als neuen Abgeordneten verpflichtet. Der 46-jährige Schatzmeister der Landes-SPD und Ortsvereinsvorsitzende in Barmstedt (Kreis Pinneberg) rückt für seine Parteigenossin Simone Lange nach. Lange tritt im Januar ihr Amt als Oberbürgermeisterin in Flensburg an und hat deshalb ihr Mandat niedergelegt. Der Schornsteinfegermeister Bolln ist der nächstfolgende Abgeordnete auf der SPD-Landesliste zur letzten Landtagswahl. Bolln vertritt den Wahlkreis Steinburg-West und arbeitet im Finanzausschuss mit.



Karenzzeit für Minister kommt

Schleswig-Holsteins Minister müssen ab der kommenden Wahlperiode eine Karenzzeit einhalten, wenn sie aus ihrem Amt in die Wirtschaft wechseln wollen. Vorgesehen ist eine Frist von bis zu zwei Jahren. Das sieht ein von den Piraten initiiertes Gesetz vor, das SPD, Grüne und SSW im Innen- und Rechtsausschuss allerdings so abänderten, dass die gesamte Opposition geschlossen dagegen stimmte. Die neue Regelung sieht vor, dass Minister die Aufnahme einer Tätigkeit in der Wirtschaft schriftlich anzeigen müssen. Die Landesregierung kann dann den Wechsel untersagen, falls es Bedenken einer Verquickung mit der politischen Tätigkeit gibt. Die Entscheidung über ein Verbot soll ein vom Landtag eingesetztes Gremium begleiten.

Polizeibeauftragte nimmt Arbeit auf

Die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni hat Anfang Oktober ihren zusätzlichen Posten als Polizeibeauftragte angetreten.

Sie ist damit Ansprechpartnerin für Bürger, die den Eindruck haben, dass eine polizeiliche Maßnahme rechtswidrig ist oder dass ein persönliches Fehlverhalten eines Polizeibeamten vorliegt. Polizisten wiederum können sich an die Beauftragte wenden, wenn sie in Konfliktsituationen geraten, Probleme mit ihrem Dienstherren haben oder wenn sie Missstände aufzeigen wollen.

Die Tätigkeit der Polizeibeauftragten ist darauf ausgerichtet, Probleme möglichst einvernehmlich zu lösen. „Jede Eingabe oder Beschwerde wird als konstruktive Kritik verstanden, die die Chance bietet, Fehler zu erkennen und in Zukunft abzustellen“, erklärt El Samadoni: „Über den Einzelfall hinausgehend dient dies dem Zweck, die Qualität der Arbeit der Polizei zu verbessern.“

Eine Beschwerde oder Eingabe kann schriftlich oder mündlich eingebracht werden – telefonisch, per E-Mail, Fax, Post oder auch in einem persönlichen Gespräch. Hilfe- und Ratsuchende erreichen die Polizeibeauftragte unter

- Telefon: 0431/988-1240
- E-Mail: buergerbeauftragte@landtag.ltsh.de
- Postadresse: Beauftragte für die Landespolizei, Postfach 7121, 24171 Kiel.

Bürgerpreise nach Berkenthin, Lübeck und Kiel

Drei Integrationsprojekte haben Anfang November in Kiel den Bürgerpreis Schleswig-Holstein erhalten. Eine Initiative aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg war anschließend sogar auf Bundesebene erfolgreich.

Der „Runde Tisch für Willkommenskultur in und um Berkenthin“ gewann den Landespreis in der Kategorie „Alltagshelden“ und landete Mitte Dezember beim Bundesfinale auf Platz zwei. In der 2.000-Einwohner-Gemeinde organisieren Ehrenamtliche eine Fahrradwerkstatt, eine Kleiderkammer und ein wöchentliches Sprachcafé für Flüchtlinge. Als Belohnung gab es insgesamt 5.500 Euro.

Direkte Demokratie: Gute Noten für den Norden

Schleswig-Holstein liegt deutschlandweit in der Spitzengruppe, wenn es um Basisdemokratie geht.

Das besagt das zum fünften Mal vorgelegte „Volksentscheidsrating“ des Vereins „Mehr Demokratie“, das Mitte November vorgestellt wurde. Dabei wird untersucht, wie gut direkte Demokratie auf Landes- und Kommunalebene funktioniert. In der Rangliste steht das nördlichste Bundesland mit einem Notenschnitt von 2,55 auf Platz drei hinter Bayern und Bremen. Schlusslicht ist das Saarland. Die bundesweite Durchschnittsnote liegt bei 3,4.

Als „vorbildlich“ bezeichnet es der in Bonn ansässige gemeinnützige Verein, dass seit 2014 nur noch 80.000 Unterstützer nötig sind, damit ein Volksbegehren erfolgreich ist. Zudem sei es positiv, dass Initiativen nicht nur in Amtsstuben, sondern auch auf der Straße um Unterstützer werben können und dass sie ein Jahr Zeit haben, um die nötige Stimmenzahl zu sammeln. Kritisiert wird, dass bestimmte Themen wie der Landeshaushalt sowie Abgaben und Besoldung von der Mitsprache ausgeschlossen sind. Der Verein wertet es auch als negativ, dass Verfassungsänderungen ohne Volksabstimmung möglich sind. Die vollständige Studie steht im Internet unter www.mehr-demokratie.de

Schleswig-Holstein erstmals im Nordischen Rat

Schleswig-Holstein hat als Beobachter an der Hauptversammlung des Nordischen Rates teilgenommen.

Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann und Europaministerin Anke Spoorendonk (SSW) reisten Anfang November nach Kopenhagen und trafen zahlreiche skandinavische Regierungschefs, Minister und Parlamentarier. Das Präsidium des Nordischen Rates hatte im September beschlossen, Schleswig-Holstein aufgrund seiner engen Kontakte in den Norden in den Rat einzubinden. Zwei Abgeordnete des Landtages werden künftig als Beobachter vertreten sein. Für den Rest dieser Wahlperiode hat der Landtag im November Birte Pauls (SPD) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) einstimmig mit diesem Posten betraut.

Landtagspräsident Klaus Schlie freut sich über den neuen Draht nach Skandinavien: „Die politischen und ökonomischen Entwicklungen zeigen, dass eine enge Kooperation immer wichtiger wird.“ Dem Nordischen Rat gehören Dänemark, Island, Schweden, Norwegen und Finnland als Vollmitglieder an. Einen Beobachterstatus haben Estland, Lettland und Litauen. Gegründet wurde der Rat 1952. Seitdem gibt es jährliche Treffen.



NDR-Moderatorin Marie-Luise Bram im Gespräch mit den Berkenthinern

waren erneut Landtagspräsident Klaus Schlie und Sparkassen-Präsident Reinhard Boll. In diesem Jahr stand der Wettbewerb unter dem Motto „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben“. Insgesamt haben sich 62 Projekte beworben.



Bis sie alt und grau sind

Ein neugeborener schleswig-holsteinischer Junge geht mit einer Lebenserwartung von 78,0 Jahren an den Start. Bei einem Nord-Mädchen sind es 82,8 Jahre. Damit liegt das Land knapp unter dem Bundesschnitt. Die Lebenserwartung liegt um etwa zwei Jahre höher als noch vor zehn Jahren.

Die Jugend von heute: sieben Fakten

Stadtluft macht arm

In Neumünster sind 27,7 Prozent der Kinder und Jugendlichen von Armut bedroht, in Kiel sind es sogar 30,3 Prozent. Die Zahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Im Kreis Stormarn sind nur 8,4 Prozent betroffen.

Was Hänschen lernt

Kfz-Mechatroniker war im Jahr 2015 der häufigste Ausbildungsberuf bei jungen Männern. Bei jungen Frauen war es die Kauffrau für Büromanagement. Die meisten Bewerber pro Stelle gab es für eine Lehrstelle als Tierpfleger. Die wenigsten Interessenten verzeichnete die Gastronomie.

Der gestresste Norden

Im Schnitt zwei Tage pro Jahr sind die 15- bis 19-Jährigen in Schleswig-Holstein wegen psychischer Probleme krank. Vor allem Jungen sind betroffen. Damit liegt der Norden über dem Bundesschnitt.

Hotel Mama

52 Prozent aller 23-jährigen Männer und 35 Prozent aller Frauen in diesem Alter lebten im Jahr 2014 noch im Elternhaus. Bei den 30-Jährigen waren es noch zwölf beziehungsweise fünf Prozent.

Wir sind Helden

25 Prozent der jungen Erwachsenen sehen ihre Eltern als Vorbilder an. 24 Prozent stimmen der Aussage zu: „Ich bin mein eigener Held.“

Rausch und Rauch

Zehn Prozent der Zwölf- bis 17-Jährigen in Deutschland trinken regelmäßig Alkohol. Vor zehn Jahren waren es noch 18,6 Prozent. Acht Prozent der Jugendlichen in dieser Altersgruppe rauchen. Das ist der niedrigste Wert seit Beginn der Untersuchungen vor 40 Jahren. Vier Prozent der Jugendlichen gelten als internetsüchtig – Tendenz steigend.

(Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesregierung, Deutscher Suchtkongress, Gesundheitsreport der Barmer GEK, Institut YouGov)

Wählen mit 16: wozu – und wen?

Gespräch mit einer Schulklasse



„Nächstes Jahr, am 7. Mai, ist Landtagswahl. Wer von Euch darf denn mitwählen?“ Die Frage richtet sich an eine 10. Klasse der Wolfgang-Borchert-Gemeinschaftsschule Itzehoe, die Mitte Oktober den Landtag besucht hat. Nur zögerlich gehen die Arme der Schüler nach oben. „Aber ihr seid doch alle schon 16“, wirft der Lehrer ein: „Ihr dürft alle wählen!“

In der Tat: Die 23 Jugendlichen aus dem Kreis Steinburg gehören zur ersten Generation Jungwähler im Lande. Der Landtag hat das Wahlalter herabgesetzt, von 18 auf 16. Schleswig-Holstein ist damit dem Weg von Bremen, Hamburg und Brandenburg gefolgt.

Einstimmig war dieser Beschluss im April 2013 nicht. Das Wahlrecht stärkte die Identifikation der Jugend mit der Demokratie, argumentierten die Befürworter aus Koalition und Piraten. Ein junger Mensch sei doch erst mit 18 voll geschäftsfähig, wendeten die Gegner aus Union und FDP ein. Das gelte schließlich auch im Strafrecht oder beim Führerschein. Auch bei den Itzehoer Schülern sind die Meinungen geteilt. „Es ist gut, dass

Jugendliche stärker beteiligt werden“, findet eine Schülerin. Ein Klassenkamerad widerspricht: „Viele Schüler sind doch gar nicht ausreichend informiert.“

„Wer von Euch wird denn ganz sicher zur Wahl gehen?“ Auch bei dieser Frage recken sich nur wenige Arme in die Luft. Das ist nicht ungewöhnlich, die Wahlbeteiligung der 16- und 17-Jährigen liegt unter dem Durchschnitt. Das zeigt ein Blick nach Hamburg. Bei der Bürgerschaftswahl 2015 gaben nur 52,1 Prozent der Jugendlichen ihre Stimme ab. Insgesamt lag die Beteiligung bei 57,7 Prozent. Allerdings: Die 16- und 17-Jährigen waren deutlich fleißigere Wähler als die Hanseaten zwischen 18 und 34. Von denen gingen nur 45 Prozent an die Urne.

Unterschiede zwischen Parteien sind oft nicht bekannt

Sozialwissenschaftler hoffen, dass die Wahl-Bereitschaft durch das Wählen ab 16 nachhaltig steigt. Motto: Wer schon früh mitmachen darf, der bleibt auch später am Ball. „Nutzen junge Bürger gleich ihre erste Wahlmöglichkeit, setzt das positive Wirkungen frei“, schreibt der Diplom-Ökonom Niklas im Winkel von der Bertelsmann-

Stiftung: „Nehmen sie auch an der zweiten und dritten Abstimmung teil, entwickelt sich eine Wahlgewohnheit, und wählen gehen wird selbstverständlich.“ Und dieser Mechanismus funktioniere umso besser, je früher die Jugendlichen mitwählen dürften – am besten noch in der Schulzeit. Denn der Politik-Unterricht stärke das Interesse der 16-Jährigen, so im Winkel.

Bleibt die Frage: „Welche Partei werdet ihr wählen?“ Fast keiner der Itzehoer Schüler hat sich schon entschieden. „Ich weiß nicht, wofür die verschiedenen Parteien stehen“, erklärt eine Schülerin. Auch mit diesem Meinungsbild liegt die 10. Klasse der Wolfgang-Borchert-Schule im Trend. Jugendliche seien zwar grundsätzlich politisch interessiert, aber sie „bringen den Parteien wenig Vertrauen entgegen“, stellt die aktuelle Shell-Jugendstudie fest. Das Engagement äußere sich anders: etwa im Boykott von Waren aus politischen Gründen oder im Unterzeichnen von Online-Petitionen.

Die Itzehoer Zehntklässler haben noch ein paar Monate Zeit, um sich zu entscheiden. Ein erster Schritt war der Besuch im Landtag: Zum Abschluss diskutierten sie mit Abgeordneten aus allen sechs Fraktionen.



Falsche Freunde und Gewalt – darum werden Jugendliche rechtsextrem

Studie der Uni Kiel liefert Zahlen aus dem Land

Rund acht Prozent der Jugendlichen in Schleswig-Holstein haben ein rechts-extremes Weltbild. Das heißt: Sie denken übertrieben national, lehnen die Demokratie ab, verharmlosen das NS-Regime, verachten Ausländer, haben Vorurteile gegen Muslime und Juden und sperren sich gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Das besagt eine Studie der Kieler Universität, die im Sommer im Landeshaus vorgestellt wurde.

Damit bewegt sich der Norden etwa im Durchschnitt der westdeutschen Länder. Die Forscher vom Institut für Psychologie haben 2014 rund 3.000 Schüler der Klassen 7 und 9 an allgemeinbildenden Schulen befragt, außerdem 400 Berufsschüler. Anhand von 14 Fragen ermittelten sie die Einstellung der jungen Menschen.

Auffällig: Laut der „Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ gibt es im Lande ein Nord-Süd-Gefälle. Die Jugendlichen aus den Regionen Flensburg und Nordfriesland äußerten fast drei Mal so häufig Sympathien für rechtes Gedankengut wie ihre Altersgenossen aus dem Raum Itzehoe. Die Schüler aus Kiel und Lübeck lagen dazwischen.



Jugendliche mit rechtsextremen Symbolen am Tag der Deutschen Einheit in Dresden am 3. Oktober 2016

Der Grund für die regionalen Unterschiede sei schwer zu ermitteln, so die Forscher. Es könnte daran liegen, dass es auf dem platten Land weniger Menschen mit Migrationshintergrund gibt als etwa im Hamburger Umland. Und dass sich deswegen Ängste vor dem Unbekannten entwickeln. Oder es könnte am Bildungsniveau und den Arbeitslosenzahlen liegen.

Männer seien grundsätzlich eher anfällig für rechte Gedanken als Frauen, verweisen die Forscher auf vorherige Studien. Bei der Befragung im Lande hätten sich aber nur „moderat“ mehr Jungen als Mädchen rechtsextrem geäußert. Wichtiger ist die Schulform: Auf dem Gymnasium sei das extremistische Denken weniger verbreitet als auf Gemeinschafts-, Regional- und Berufsschulen.

Wie werden Jugendliche zu Rechtsextremen? Entscheidend seien Eltern und Freunde, stellen die Kieler Wissenschaftler fest. Wenn Rechtsextreme im Bekanntenkreis den Ton angeben, dann werde deren Verhalten

übernommen. Und: Wer schon früh Gewalt erlebt, wird öfter selbst gewaltbereit, denkt in Hierarchien und wird intolerant gegenüber Menschen, die anders sind.

Was hilft? Der Kontakt zu Menschen aus fremden Kulturen sei ein „Schutzfaktor“, betont die Studie. Hinzu kommt der Faktor „Empathie“. Wer in Schule und Familie erlebt, dass Streitigkeiten friedlich und demokratisch gelöst werden können, ist anderen Menschen gegenüber aufgeschlossen und weniger anfällig.

Die Studie steht im Internet: www.soziokultur-sh.de Rubrik „Downloads“

Ausschnitte aus der Studie

„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.“	21,9 Prozent der Befragten aus der Region Flensburg stimmen dem zu	„Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen.“	38,7 Prozent der Befragten aus der Region Lübeck stimmen dem zu
„Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.“	29,0 Prozent der befragten Berufsschüler stimmen dem zu	„Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.“	52,5 Prozent der befragten Berufsschüler stimmen dem zu
„Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“	16,8 Prozent der Befragten aus der Region Flensburg stimmen dem zu	„Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung mitschuldig.“	12,9 Prozent der Befragten aus der Region Lübeck stimmen dem zu

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.

Diesmal geht die Reise ins Jahr 1970. Schleswig-Holstein verbannt den Rohrstock aus dem Klassenzimmer.



Protest gegen einen angeblich prügelnden Lehrer an der Timm-Kröger-Schule in Kiel, 1969

1970:

Das Aus für die Prügelstrafe an Schulen

Die Meldung steht rechts unten auf Seite 21: „Die Prügelstrafe wird am 1. Juni aus den Schulen Schleswig-Holsteins verbannt“, heißt es in der Mai-Ausgabe der Landtagszeitschrift aus dem Jahr 1970. „Zur Zeit dürfen Lehrer (...) noch Schüler im Alter von 7 – 13 Jahren schlagen.“ Künftig sei geplant, „die Schulstrafen in Erziehungsmaßnahmen umzuwandeln.“ Der seit einem halben Jahr amtierende Kultusminister Walter Braun (CDU), damals 39 Jahre alt, hat das Züchtigungsverbot erlassen.

Aus heutiger Sicht ist es kaum vorstellbar, dass Lehrer ihre Schüler prügeln, und das auch noch mit staatlichem Segen. Und doch gehörten Hiebe für viele Schulkinder in Westdeutschland lange Zeit zum Alltag. Konkret hieß das: Die Lehrer benutzten Lineal, Lederriemen, Rute, Bambusstock oder Gürtel. Geschlagen wurden die Hände oder der Hintern. In der DDR hingegen wurde das Schüler-Prügeln 1949 verboten, in den Niederlanden bereits 1820, in Frankreich 1881.

Schleswig-Holstein regelte das Prügeln in der Lehrer-Dienstordnung aus dem März 1950. Erlaubt war demnach die „körperliche Züchtigung“ von Jungen in den Klassen 3 bis 7. „Schläge an den Kopf sind verboten“, heißt es in Paragraf 12: „Die körperliche Züchtigung darf nicht für den nächsten Tag angedroht werden. Sie darf nicht in Erregung

erfolgen. Sie soll tunlichst nicht in Gegenwart anderer Kinder ausgeführt werden.“ Und: Schläge sollten „eine Ausnahme“ bleiben. „Die völlige Beseitigung dieser Strafart muss das Ziel der Entwicklung sein.“

Gerichte erlauben das Prügeln

Viele westdeutsche Eltern zogen vor Gericht, wenn ihre Kinder mit Striemen oder blauen Flecken nach Hause kamen. Aus den 50er- und 60er-Jahren sind zahlreiche Klagen auf Schadensersatz und Schmerzensgeld dokumentiert, einige landeten sogar beim Bundesgerichtshof. Aber Recht bekamen die Kläger nicht. Der Tenor der Urteile: Zwar garantiere das Grundgesetz seit 1949 in Artikel 2 die „körperliche Unversehrtheit“. Aber ein schlagender Lehrer könne sich auf ein sehr viel älteres „Gewohnheitsrecht“ berufen. Und diese „Gewohnheit“ sei nicht ausdrücklich verboten. Noch 1982 entschied das Bayerische Oberste Landesgericht in München zugunsten eines Pädagogen: Es bestehe „ein gewohnheitsrechtliches Züchtigungsrecht insoweit, als der Lehrer an Volksschulen die von ihm unterrichteten Knaben körperlich züchtigen darf“.

Eltern durften bis 2000 „züchtigen“

Der Grundsatz „Strafe muss sein“ war offenbar lange Zeit gesellschaftlich anerkannt. Das wurde auch in der Fragestunde des Landtages am 2. Juni 1970 deutlich, einen Tag nach

dem Prügel-Aus. Thema waren aufsässige Gymnasiasten, die während der Unterrichtszeit gegen die Studienplatzvergabe per Numerus Clausus demonstriert hatten. Viele Ältere reagierten erbost und forderten zwar keine Schläge, aber Schulverweise. Kultusminister Braun riet jedoch davon ab. Strafen „würden ein untaugliches Instrument darstellen.“ Das sah mancher Erwachsener aber anders. Er habe „eine ganze Fülle von kritischen Zuschriften und Anrufen bekommen, weil ich Strafmaßnahmen nicht gewünscht habe“, berichtete der Minister.

Noch 30 Jahre später stellte Bundesjugendministerin Christine Bergmann (SPD) fest, dass mehr als die Hälfte der deutschen Eltern ihre Kinder noch immer mit Ohrfeigen bestrafe. Das „Recht auf gewaltfreie Erziehung“ wurde erst im November 2000 gesetzlich verankert.



Kultusminister Walter Braun schaffte die „körperliche Züchtigung“ ab.

Jugend soll mitreden in Kommune und Schule

Die rechtlichen Grundlagen für ein Demokratie-Training in Gemeinde und Schule sind gelegt. Sie müssen nur mit Leben erfüllt werden. Das unterstreicht ein Bericht des Sozialministeriums.

Schleswig-Holsteins Kommunen müssen ihre Kinder und Jugendlichen „in angemessener Weise“ beteiligen, wenn es um deren eigene Belange geht. Das besagt Paragraph 47f der Gemeindeordnung. Wie das genau abläuft, ist Sache jeder einzelnen Stadt oder Gemeinde. An rund 50 Orten haben sich feste Kinder- und Jugendparlamente gebildet. Doch damit ist es nicht getan: „Zahlreiche Beispiele haben gezeigt, dass eine pädagogische Betreuung, organisatorische und fachliche Unterstützung und ernst gemeinte politische Akzeptanz notwendig sind, wenn sich diese Beteiligungsform in den Gemeinden etablieren soll“, mahnt das Sozialministerium.

„Kommunen sind in der Pflicht“

Hinzu kommt: „Ein weiteres Element funktionierender Jugendvertretungen ist die Qualifizierung der Jugendlichen.“ Wer für die Mitsprache trainieren will, kann dies bei der „PartizipAction“ tun. Rund 50 Nachwuchsparlamentarier kommen jedes Jahr zu diesem Treffen in Lütjensee (Kreis Stormarn) zusammen. Dort wurde auch eine zentrale Forderung entwickelt: ein gemeinsamer,



landesweiter Wahltermin für die kommunalen Jugendvertretungen. Denn dann, so die Hoffnung, könnten auch die Orte mitziehen, die sich bislang bei der Jugend-Mitsprache zurückhalten. „Es besteht eine eindeutige Pflicht, der die Kommunen endlich auch flächendeckend nachkommen müssen“, mahnt der Landesbeauftragte für politische Bildung, Christian Meyer-Heidemann: „Dies kann nicht vom Gutdünken einzelner Bürgermeister oder Gemeindevertreter abhängen.“

Auf Gemeinden, die den Paragraphen 47f nicht beachten, können Probleme zukommen. So sei ein Bebauungsplan, der ohne Jugendbeteiligung zustande gekommen ist, juristisch angreifbar, schreibt die Landesregierung.

Lehrer sollen „aktiv einbinden“

Laut Paragraph 4 des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes soll die Schule „dazu

befähigen, Verantwortung im privaten, familiären und öffentlichen Leben zu übernehmen und für sich und andere Leistungen zu erbringen, insbesondere auch in Form von ehrenamtlichem Engagement“. Um demokratisches Denken und Teilhabe zu üben, sind Klassensprecher und Schülervorteiler vorgesehen, bis hin zu den Landesschülervorteilern. In den Schulkonferenzen haben die Schüler, wie Eltern und Lehrer, ein Drittel der Stimmen. Ab der 7. Klasse dürfen sie auch in den Fachkonferenzen mitreden. „Die Grundlagen für die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern sind vorhanden“, betont die Landesregierung. „Inwieweit sie mit Leben erfüllt werden, hängt nicht allein von den Schülerinnen und Schülern ab, sondern vor allem von der aktiven Einbindung durch Schulleitungen und Lehrkräfte.“

(Drucksache 18/4722)

Mitte Dezember debattierte der Landtag über die Jugendbeteiligung

Wer Demokratie sichern wolle, müsse sie in den Köpfen des Nachwuchses verankern, betonte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD). Es gelte, allen Kindern, auch jenen, die „am Rand groß werden“, Teilhabe an allen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Einige Abgeordneten haderten mit der praktischen Umsetzung der Beteiligungsrechte. Leider könne dagegen „folgenlos verstoßen werden“, monierte Wolfgang Dudda (Piraten). Es mangle an Kontrolle und politischem Druck. Zu diesem Schluss kam auch der SPD-Abgeordnete Tobias von Pein. Die Liberale Anita Klahn meinte, dass Kindern und Jugendlichen oft schlicht das Interesse fehle, sich zu beteiligen. „Wer Demokratie von klein an lernt, selber

ausprobiert und mitmachen darf, der bleibt auch als Erwachsener dabei“, merkte Marret Bohn (Grüne) an.

Jugendliche äußerten Kritik am Politik-Unterricht, stellte Hans Hinrich Neve (CDU) fest: „Angeblich wird sich wochenlang mit den Mechanismen der Vereinten Nationen beschäftigt. Aber die demokratischen Mechanismen vor Ort kommen zu kurz oder finden nicht statt.“ Und Flemming Meyer (SSW) appellierte an die „große“ Politik: „Wir alle müssen uns dafür einsetzen, dass den Menschen vor Ort noch bewusster wird, wie wichtig und wertvoll Kinder- und Jugendbeteiligung ist.“ Der Sozialausschuss berät weiter.

„Rumoxidieren“ mit „Bambusleitung“

Ein Quiz über Jugendwörter

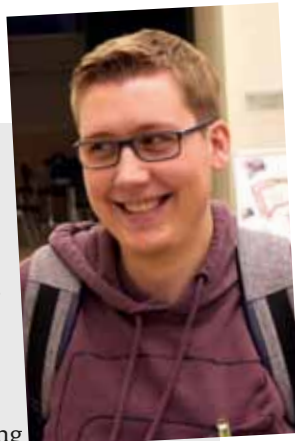
Verstehen Politiker die Jugendsprache? Das haben Nachwuchsjournalisten Ende November untersucht. Am Rande von „Jugend im Landtag“ konfrontierten sie die jugendpolitischen Sprecher der Fraktionen mit Begriffen, die in den vergangenen Jahren in der Auswahl zum „Jugendwort des Jahres“ standen. Einige Wörter stifteten Verwirrung – auch bei den Jung-Reportern selbst. Die waren sich einig: „Die meisten dieser Begriffe verwenden Jugendliche gar nicht.“

Sven Krumbeck
(Piraten) zum Begriff

„Bambusleitung“

(für „langsame Internet-
verbindung“)

„Sagt man das, wenn jemand eine lange Leitung hat und nicht weiß, was abgeht? Diesen Begriff benutzt doch niemand wirklich, oder? Ach so, lahmes Internet! Nee, das habe ich noch nie gehört. Wahrscheinlich reden die hippen Kids in Berlin-Kreuzberg so.“



Flemming Meyer
(SSW) zum Begriff

„Hopfensmoothie“ (für „Bier“)

„Das sagt mir gar nichts. Hopfen sagt mir natürlich schon was, also nehme ich an, das hat irgendwas mit Bier zu tun. Stimmt's? Ich würde dann doch eher das Wort Bier benutzen.“



Hans Hinrich Neve
(CDU) zum Begriff

„merkeln“

(für „nichts tun,
keine Entscheidung
treffen“)

„Das Wort kenne ich nicht, und es stimmt ja auch nicht. Unsere Bundeskanzlerin trifft Entscheidungen. Das kommt vielleicht medial manchmal nicht so rüber. Sie hat das Wohl Deutschlands im Auge: unsere Offenheit als freie Gesellschaft. Sie steht für Freiheit und Demokratie und ist das Bollwerk gegen Entwicklungen, wie wir sie in Ungarn oder in der Türkei sehen. Lieber ‚merkeln‘ als Trump.“



Christopher Vogt
(FDP) zum Begriff

„Gammelfleischparty“

(für „Feier für
Über-30-Jährige“)

„Das ist eine Party mit Leuten, die über 30 sind. Das verwende ich zwar nicht selber, aber ich habe es irgendwo gelesen. Es ist beleidigend, aber das soll es ja wohl auch sein.“



Tobias von Pein
(SPD) zum Begriff

„rum-oxidieren“

(für „entspannen, faul sein“)

„Das sagt man, wenn man nichts Sinnvolles tut, sondern einfach rumhängt. ‚Rumoxidieren‘ ist aber etwas anderes als ‚rumchillen‘, weil Chillen den Zweck der Erholung hat, und beim Oxidieren geht es einfach darum, absolut nichts zu machen.“



Detlef Matthiessen
(Grüne) zum Begriff

„Vollposten-Antenne“

(für „Selfie-Stick“)

„Das habe ich mal in der Presse gelesen, aber ich habe es wieder vergessen. Der Selfie-Stick? Ich mache meine Bilder per Hand, ich brauche keinen Selfie-Stick. Wissen Sie, was das internationale Wort des Jahres geworden ist? Der englische Begriff ‚Post-Truth‘ für das ‚post-faktische‘ Zeitalter. Das hebt darauf ab, dass in der Politik heute Fakten keine Rolle mehr spielen. Trump und die Brexit-Befürworter haben das Blaue vom Himmel herunter gelogen und waren trotzdem erfolgreich. Das ist sozusagen das Erwachsenen-Wort des Jahres.“



Mehr zu „Jugend im Landtag“ steht auf den Seiten 14 und 15. Ein Film zum diesjährigen Treffen ist auf sh-landtag.de zu sehen, Stichwort „Service“, Rubrik „Jugend im Landtag“.

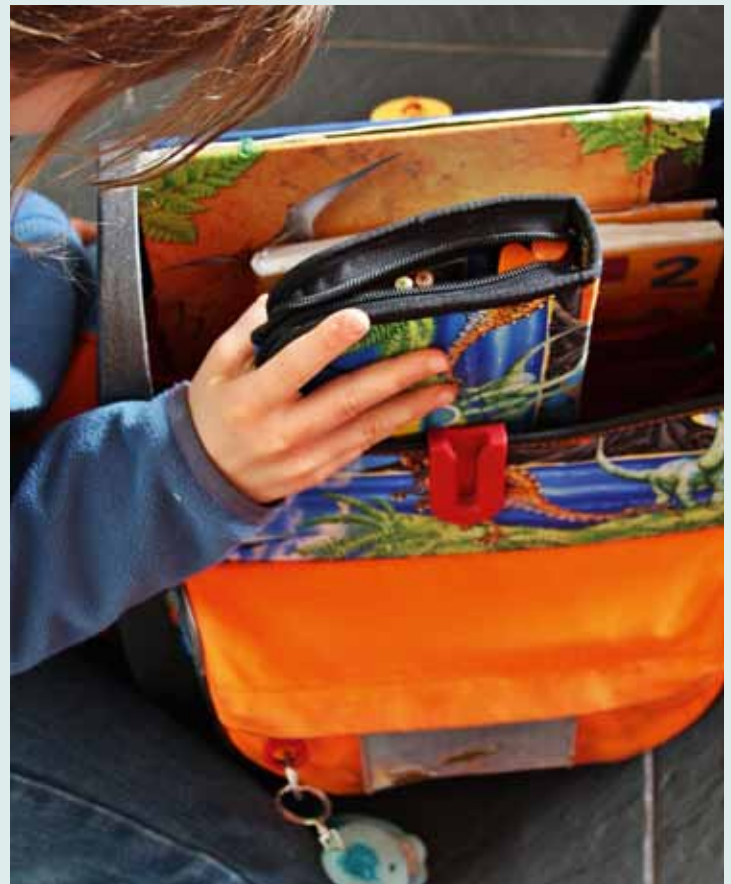
Der Land-Tag in Leichter Sprache

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.

Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen,
dem Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.
Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln
für Leichte Sprache zu schreiben.

Ein Schuljahr kostet 1.000 Euro



Kinder und Jugendliche brauchen viele Dinge für die Schule.

Zum Beispiel Stifte, Bücher und Taschen-Rechner. Das alles kostet Geld.

Der **Land-Tag** wollte wissen:

Wie viel Geld geben Familien für die Schule aus?

Forscher aus Kiel fanden heraus: Familien zahlen für jedes Kind
etwa 1.000 Euro pro Schul-Jahr.

Das bedeutet: 312 Euro zahlen Eltern für Bus-Fahrkarten,
Schul-Essen und Betreuung am Nach-Mittag. 179 Euro kosten
Klassen-Fahrten und Ausflüge. 105 Euro kostet der Sport:
Turn-Schuhe, Sport-Tasche, Kleidung. Außerdem zahlen
die Eltern für Hefte, Stifte und die Nach-Hilfe beim Lernen.

Im Schul-Gesetz steht: Es gibt eine Lern-Mittel-Freiheit.
Das heißt: Kinder und Jugendliche bekommen ihre
Schul-Bücher kostenlos. Denn kein Kind soll Nachteile haben.
Schule soll sich jeder leisten können.
Aber: Für Hefte, Ausflüge und andere Sachen
müssen die Eltern zahlen.

Die Kieler Forscher fanden auch heraus: Eltern mit einem
hohen Schul-Abschluss geben mehr Geld aus für die Bildung
ihrer Kinder. Weil sie selbst meistens mehr Geld haben.

Das finden die Politiker im Land-Tag nicht gerecht. Sie sagen:
Bildung darf nicht davon abhängen, in welcher Familie ein Kind
aufwächst. Die **Abgeordneten** überlegen nun:
Wie können arme und reiche Kinder die gleichen Chancen
bekommen? Es gibt verschiedene Vorschläge.

Kai Vogel von der Partei SPD möchte, dass die Nach-Hilfe in der
Schule stattfindet. Er meint: Viele Eltern sagen zu Recht, dass der
Schul-Besuch „doch sehr am Geld-Beutel nagt“.

Heike Franzen von der Partei CDU sagt: „Wir müssen schauen,
dass wir denjenigen, die es brauchen, Unterstützung zukommen
lassen“. Aber: Der Staat kann nicht alles zahlen.

Erklärungen:

Der **Land-Tag** ist eine Gruppe von Politikern.
Sie machen Politik für die Menschen in Schleswig-Holstein.
Zum Beispiel: Sie machen Gesetze. Sie entscheiden,
für was Geld in Schleswig-Holstein ausgegeben wird.

Abgeordnete ist ein anderes Wort für die Politiker
im Land-Tag.



Kai Vogel von der SPD



Heike Franzen von der CDU

Elektro-Autos

Sechs Halteschilder bis zur Verkehrsrevolution

1,5 Millionen Kraftfahrzeuge haben zurzeit ein schleswig-holsteinisches Kennzeichen. Nur 740 davon sind Elektro-Autos. Die E-Mobilität ist noch eine Randerscheinung. Doch schon in wenigen Jahren könnten strombetriebene Autos die traditionellen Benziner und Dieselfahrzeuge verdrängen. Experten erwarten massive Umwälzungen im Straßenverkehr. Das wurde Anfang November im Umweltausschuss deutlich. Allerdings: Die neue Technik muss noch einige Hindernisse umkurven. CDU und Piraten hatten das Thema auf die Tagesordnung gesetzt.



Strom aus der Steckdose statt Tiger im Tank: Eine Ladesäule für zwei E-Autos steht in Kiel zwischen Landeshaus und Finanzministerium.



Problem 1: Die Förderung

4.000 Euro erhält der Käufer eines E-Autos seit Mai 2016 als Prämie vom Bund. Wer sich ein Hybrid-Fahrzeug anschafft, kann sich immerhin über 3.000 Euro freuen. Diese Art der Förderung stieß im Ausschuss bei Abgeordneten wie bei Fachleuten auf breite Kritik. „Stecken Sie die Gelder in die Grundlagenforschung!“, forderte Gerhard Hillebrand, stellvertretender Vorsitzender des ADAC Schleswig-Holstein. Das sah auch Prof. Roland Eisele von der Fachhochschule Kiel so. Andere Länder seien bei der E-Mobilität schon sehr viel weiter: „Wir drohen, etwas zu verschlafen.“



Problem 2: Die Reichweite

Für etwa 200 Kilometer reicht bei den meisten E-Modellen eine Batterieladung. Nur wenige schaffen 500 Kilometer und mehr. Die „Reichweitenangst“ halte viele Interessenten vom Kauf eines Elektroautos ab, hat der Piraten-Abgeordnete Uli König beobachtet. Hinzu kommt die Ladezeit. Die liegt derzeit häufig bei drei Stunden – ein „Einschnitt in den Komfort“, so Marcus Hrach vom Bundesverband Windenergie.



Problem 3: Die Ladesäulen

An rund 200 Ladestationen im Lande können E-Autos derzeit ihren Strom zapfen. Das muss mehr werden, aber das Wachstum darf nicht „ungeplant“ verlaufen. Das mahnt Roman Kaak vom Verband der schleswig-holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft an. Die Stromnetze könnten ansonsten überlastet werden. Kaaks Rechnung: Wenn, wie von der Bundesregierung angestrebt, im Jahr 2030 etwa 65 Prozent der deutschen Autos elektrisch unterwegs sind, dann braucht man zehn Prozent mehr Strom als jetzt. Um die Extra-Spannung zu verdauen, müsse sich die Leistungsfähigkeit der Netze allerdings verdoppeln: „Sonst brennt die Sicherung durch.“



Problem 4: Das Laden zuhause

Der einfachste Weg, seinen Elektromotor aufzufüllen, ist die heimische Steckdose. Zumal man nachts von einem billigeren Strompreis profitieren könne, wie der CDU-Abgeordnete Heiner Rickers feststellte. Allerdings: Einen direkten Anschluss an das Auto haben in der Regel nur Hausbesitzer mit Parkplatz vor der eigenen Tür. Wer eine Mietwohnung im dritten Stock hat und seinen Wagen um die Ecke parkt, stößt auf Probleme. Deswegen sei das E-Auto zurzeit vor allem auf dem Land verbreitet, berichtete Stephan Wiese von der Genossenschaft „eE4mobile“ aus dem nordfriesischen Engesande. Allein 200 der 740 schleswig-holsteinischen E-Autos seien in Nordfriesland gemeldet.



Problem 5: Der Preis

Wer elektrisch fahren will, muss zurzeit tief in die Tasche greifen. Einen Kleinwagen gibt es ab 20.000 Euro, für ein Fahrzeug der Oberklasse werden schon mal 100.000 Euro fällig. Das E-Auto-Fahren sei immer noch ein „Luxus“, merkte die FDP-Abgeordnete Anita Klahn an. Im Betrieb ist der E-Wagen jedoch deutlich günstiger. Das betonte Prof. Roland Tiedemann von der Fachhochschule Lübeck. Strom sei jetzt schon billiger als Benzin. Zudem habe ein E-Auto weniger Verschleißteile. Die Werkstattkosten könnten um mehr als 60 Prozent sinken, und ein Ölwechsel ist ohnehin nicht nötig. Tiedemanns Prognose: „An dem Tag, wo der gleiche Preis gilt, wird kaum noch ein Kunde einen Wagen mit Verbrennungsmotor kaufen.“



Problem 6: Die Geräusche

„Man sieht sie, aber man hört sie nicht.“ So beschrieb ADAC-Mann Hillebrand das fehlende Motorgeräusch bei E-Mobilen. Das sei eine Gefahrenquelle. Die Verkehrserziehung der Kinder müsse neu ausgerichtet werden, und die gesamte Bevölkerung müsse „umdenken“. Die meisten E-Modelle können künstliche Motorengeräusche produzieren, aber EU-weite Standards gibt es dafür noch nicht. Der Grünen-Abgeordnete Detlef Matthiessen wies darauf hin, dass der Verkehr allgemein leiser werde. Auch ein Oberklassewagen schnurre bereits durch die Landschaft. Und Fahrräder seien ohnehin beinahe lautlos.

Hamburg-Ausschuss legt los

Der neu formierte Ausschuss für die Zusammenarbeit von Schleswig-Holstein und Hamburg hat sich am Rande der November-Tagung erstmals getroffen (**siehe Foto**). Der Landtag hatte die Einsetzung des Gremiums im September beschlossen (siehe Landtagszeitschrift 3/2016). Damit gingen die beiden Nachbarn „einen wichtigen Schritt“ und erreichten „eine neue Stufe der Zusammenarbeit“, hieß es unisono aus den Fraktionen.

Die Abgeordneten werden gemeinsam mit dem gleichfalls elfköpfigen Partnerausschuss aus der Hansestadt tagen. Ein erstes Treffen ist für Anfang 2017 geplant. Grenzüberschreitende Themen

sind gemeinsame Unternehmen wie die HSH Nordbank und die Eisenbahnlinie AKN, aber auch das Gastschulabkommen und Planungen im Bereich Schule, Wohnen, Gewerbe und Naturschutz.

Vorsitzender des schleswig-holsteinischen Ausschusses ist der SPD-Abgeordnete Martin Habersaat aus Reinbek (Kreis Stormarn). Sein Stellvertreter ist Tobias Koch (CDU) aus Ahrensburg. Dem Ausschuss gehören außerdem die Abgeordneten Katrin Fedrowitz und Ralf Stegner für die SPD, Peter Lehnert und Barbara Ostmeier für die CDU sowie Eka von Kalben und Ines Strehlau für die Grünen an. Oliver Kumbartzky vertritt die FDP, Sven Krumbeck die Piraten und Lars Harms den SSW. Die Hamburger Seite entsendet vier der fünf Fraktionsvorsitzenden in der Bürgerschaft sowie Parlamentspräsidentin Carola Veit für die SPD in den Ausschuss.



Friesisch an den Schulen – Problem Lehrermangel

Der Friesisch-Unterricht in Schleswig-Holstein entwickelt sich positiv. Zu diesem Ergebnis kommt das Friesengremium, das Anfang November im Landeshaus getagt hat. 24 Schulen in Nordfriesland bieten die Regionalsprache derzeit als Unterrichtsfach für 834 Schüler an.

An der Sankt-Nicolai-Grundschule in Westerland auf Sylt gibt es zudem zweisprachigen Fachunterricht. In dem landesweit einmaligen Projekt werden die Schüler im Heimat-, Welt- und Sachunterricht sowohl auf Deutsch als auch auf Friesisch unterrichtet.

„Der Rückhalt in den Regionen, die zum friesischen Sprachgebiet gehören, ist groß“, sagt Gerd Vahder vom Kieler Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen (IQSH). Trotzdem gebe es vor allem an Gymnasien zu wenige Lehrer, die Friesisch unterrichten können. Vahder schätzt, dass pro Jahr nur zwei bis drei Absolventen in ganz Schleswig-Holstein einen Abschluss in friesischer Sprache machen. Das Gremium will daher bessere Fortbildungsmöglichkeiten für bereits ausgebildete Lehrkräfte erreichen.

Im Friesengremium beraten Landtagsabgeordnete, schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete und Angehörige des Friesenrates zweimal jährlich über Fragen, die die Pflege der friesischen Sprache, Bildung und Kultur betreffen.

Hilfsfonds für Heimkinder – Pharma-Konzerne in der Pflicht

Bis in die 1970er-Jahre wurden Minderjährige in Jugendheimen, Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien in ganz Deutschland gequält, ausgebeutet oder für Medikamententests missbraucht. Schätzungsweise 100.000 Menschen waren betroffen. Sie können nun auf finanzielle Entschädigung hoffen. Bund, Länder und Kirchen haben den Weg frei gemacht, damit zum 1. Januar 2017 die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ in Berlin eingerichtet wird. Die Pharma-Industrie ist jedoch nicht dabei. Das wurde Mitte November im Sozialausschuss kritisiert.

Die Medizin-Konzerne seien „Nutznießer dieser furchtbaren Studien“ gewesen, klagte der Piraten-Abgeordnete Wolfgang Dudda, der das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Auch Sozialministerin Kristin Alheit (SPD) sah „jetzt die große Chance, zu prüfen, ob Unternehmen angesprochen werden können“. Die Rechtslage sei allerdings kompliziert.

Die Betroffenen sollen eine Pauschale von 9.000 Euro erhalten. Wer im Heim ohne Bezahlung arbeiten musste, bekommt zusätzlich bis zu 5.000 Euro für entgangene Rentenansprüche. Bis Ende 2019 sollen die Opfer ihre Ansprüche anmelden können. Im Lande geht es hauptsächlich um ein Jugendheim in Glückstadt sowie um die Landesklinik Schleswig.

Die Forderungen 2016

Mindestens 650 Euro für Azubis!

Gleiches Bafög für alle!

Mindestlohn auch für Minderjährige!

Kostenlose Schülerbeförderung
bis zum Abi!

Rauchverbot in Autos!

Null Promille hinterm Steuer!

Legalisierung von Cannabis!



Das Präsidium hat Pläne

Unmittelbar nach der Wahl hat Reporterin Leonie beim neuen Präsidium von „Jugend im Landtag“ nachgefragt: Was ist Eure erste Amtshandlung? Von links nach rechts bekam sie folgende Antworten:

Brian Zube, 21, Student aus Flensburg: „Einen gemeinschaftlichen Abend in der Jugendherberge verbringen, nette Gespräche führen und Musik hören.“

Mira Osthorst, 17, Gymnasiastin aus Nübbel bei Rendsburg: „Essen gehen.“

Lina Brandes, 18, Freiwilligendienstlerin aus Büdelsdorf: „Meine erste Amtshandlung wird sein, nach dem Essen alle in den Bus zurück in die Jugendherberge zu scheuchen.“

Florian Lienau, 19, Auszubildender aus Bokholt-Hanredder (Kreis Pinneberg): „Ich werde meine Mappe packen und essen gehen.“



Noten für Kunst und Sport: Ist das gerecht?

Der Sportunterricht: Turnen, Rundenlauf und Weitwurf ist für unzählige Schüler ein Horror. Das Reck ist zu hoch, die Strecke zu weit und der Ball zu schwer. Für viele ist es nicht möglich, einen Salto auf dem Schwebebalken zu machen. Oder vielleicht auch in Kunst ein Bild von Picasso nachzuzeichnen. Nur Naturtalente können in diesen Fächern bestehen.

Ist es also wirklich sinnvoll, in Schulfächern, die auf kreativen oder sportlichen Leistungen aufbauen, dieselben Noten zu geben wie in Mathe oder Deutsch? Sind Noten überhaupt angebracht, wenn es um Fähigkeiten geht, die, wie viele bei „Jugend im Landtag“ meinen, nicht erlernbar sind?

Viel sei sowieso vom Lehrer abhängig, heißt es im Bildungskreis. Denn jede Lehrkraft hat andere Erwartungen. Theoretisch soll zwar nur ein Drittel der Gesamtnote von Leistung und Kondition abhängig sein. Den Großteil sollen die Einstellung des Schülers und das Verhalten gegenüber den Mitschülern ausmachen. Allerdings gibt es in Sport Konditionstests, und nicht jeder hat die Voraussetzungen, um hier zu glänzen.

Andere Teilnehmer argumentieren allerdings damit, dass man genauso gut eine halbe Stunde joggen gehen kann, wie Matheformeln zu üben, um so die eigene Kondition zu verbessern. Doch diese Meinung setzte sich nicht durch: „Jugend im Landtag“ fordert also: Kein „mangelhaft“ mehr für eine Rolle vorwärts oder ein gepinseltes Bild. (sls)

RRA

1986 – 2016

Jugend im Landtag ist 30 Jahre alt!



„Zigeunerschnitzel“: Ist das rassistisch?

Der Streit um das Zigeunerschnitzel: Diskriminierende Bezeichnung eines Fleischgerichts

oder doch nur lächerliche Wortklauberei? In den Arbeitskreisen von „Jugend im Landtag“ kocht die Auseinandersetzung hoch. Till Faerber und Jan Plambeck machen mit ihrem Wunsch nach weniger sprachlicher Alltagsdiskriminierung ein Fass auf, zu dem zahlreiche Redner ihren Senf dazugeben. „Die Betroffenen leiden unter diesem abwertenden Begriff“, tischt Till Faerber auf und heizt dazu an, über den Tellerrand zu schauen.

Eine Handvoll gepfeffelter Argumente würzt den hitzigen Meinungsaustausch, bei denen die beiden Antragssteller schwer schlucken müssen. Für die anderen Teilnehmer ist dieses Thema ein gefundenes Fressen. „Wenn jetzt auf der Speisekarte ‚Blödmannschnitzel‘ steht, wird sich davon auch keiner beleidigt fühlen“, serviert Patrick Silva den beiden. Diese Entgegnung deckt das Stimmungsbild der Arbeitsgruppe ab, die das saftige Problem auf



viele weitere Begriffe verteilt und dem Ganzen einen Beigeschmack von Spitzfindigkeit verleiht.

Bei der Vielzahl an Anträgen gilt es, die Spreu vom Weizen zu trennen und nicht lange um den heißen Brei herumzureden. Für die Umbenennung des altbekannten Gerichts wird keine Extrawurst gebraten. Somit wird auch in Zukunft ein Zigeunerschnitzel zu genießen sein und kein „Rahmschnitzel Paprika-Art“. Einem gedämpften Begriff wie Schokokuss kann das Fleischgericht nicht das Wasser reichen.

Schließlich müssen die beiden engagierten Antragsteller in den sauren Apfel beißen, denn ihr Anliegen ist für alle anderen nicht das Gelbe vom Ei. Es scheint so, als wollten sie nur ein Haar in der Suppe der deutschen Sprachlandschaft finden, denn die anscheinend diskriminierende Bezeichnung eines Gerichts ist nicht das Kernproblem. Sondern die Behandlung unserer Mitmenschen, die sich nicht durch eine Umbenennung ändern wird. Es wird nicht helfen, Wasser zu predigen und Wein zu trinken. (sas)

Mehr Unterricht an den Schulen? Ja, aber ...

Schüler fordern mehr Unterricht. Wo gibt es denn so etwas, werden sich die Meisten fragen. Doch bei „Jugend im Landtag“ gibt es nicht nur ein oder zwei Anträge auf neue Unterrichtsfächer, sondern gleich fünf. Es geht um Vorbereitungskurse für die Uni, ums Programmieren, um Psychologie, praktisches Leben und Politik.

Zuerst diskutieren die Jugendlichen über die beste Vorbereitung auf Schule und Berufsleben. Der Antragsteller befürchtet, dass es bei vielen Schülern an Vorwissen fehlt. Entsprechend viele Studenten brechen ihr Studium ab. Sofort wird gegen diesen Antrag argumentiert. Es gebe zum Beispiel Berufspraktika der Schulen und Studienvorbereitungstage an Universitäten.

Ergebnis: abgelehnt.

Schon geht es zum nächsten Antrag über, welcher verlangt, an Schulen die Programmiersprache als Ersatz für die dritte Fremdsprache anzubieten. Der Antragsteller Michel Schröder argumentiert zukunftsorientiert: „Das Internet bleibt. In der Schule sollte ein grundsätzliches Verständnis für die Funktionsweise von Apps und Websites gelehrt werden.“ Aber auch er kommt mit seinem Antrag nicht so einfach durch, denn es fallen viele Gegenargumente.

So könne man eine Fremdsprache nicht einfach mit der Programmiersprache vergleichen. Als Änderungsantrag wird vorgeschlagen, Informatikunterricht einzuführen und Experten zum Thema Programmieren in den Unterricht zu integrieren.

Ergebnis: verändert und angenommen

Zwei weitere Wünsche beziehen sich auf ganz andere Themen. So gibt es den Antrag, Psychologie als Unterrichtsfach in den Lehrplan aufzunehmen, und einen weiteren, der dafür sorgen soll, dass das „praktische Leben“ gelehrt wird. Also: der Umgang mit Mietverträgen, Krediten oder der Steuererklärung. Der Arbeitskreis geht aber davon aus, dass keiner der beiden umsetzbar ist. Es gibt schon jetzt einen Lehrermangel.

Ergebnis: abgelehnt

Der nächste Antrag, Wirtschaft/Politik als Pflichtfach ab der siebten Klasse anzusetzen, stößt auf viel Zuspruch. Manche berichten aus den eigenen Schulen, dass es WiPo nur als Wahlpflichtkurs gibt und dass viele Mitschüler das Fach als langweilig empfinden. Die Jugendlichen im Landtag sind sich einig: Ziel muss es sein, mehr Interesse für Politik zu wecken.

Ergebnis: angenommen (lsb)

Die „Jugend im Landtag“-Redaktion:
Sara Schips (sls), Sarah Sobotta (sas),
Leonie Strohbecke (lsb), Karsten Blaas

Keine neuen Schulden, trotzdem Schlagabtausch

Der Landeshaushalt 2017 ist unter Dach und Fach. SPD, Grüne und SSW stimmten Mitte Dezember nach fünfstündiger Debatte für das Zahlenwerk, das erstmals seit Jahrzehnten ohne neue Verbindlichkeiten auskommt. Knapp fünf Monate vor der Landtagswahl zog die Koalition eine Erfolgsbilanz der Regierungspolitik seit 2012. Die Opposition warf der Nord-Ampel hingegen vor, trotz positiver Rahmendaten zu wenig in die Zukunft zu investieren. CDU, FDP und Piraten votierten geschlossen dagegen und legten zahlreiche Änderungsanträge vor.



SPD-Fraktionschef Ralf Stegner verwies auf die Ankündigung des Stabilitätsrates, das einstige Haushaltsnotlageland Schleswig-Holstein aus der Finanzkontrolle des Bundes zu entlassen. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hob hervor, das Land gebe eine halbe Milliarde Euro mehr für Bildung aus als 2012. Allein die Zahl der Kita-Plätze sei um 10.000 gestiegen. Für Flüchtlinge sind 534 Millionen Euro eingeplant. Gemessen an anderen Etatpositionen sei das eine riesige Summe, sagte Albig. Das Land könne das aber leisten, dieses Geld werde niemandem weggenommen. Schleswig-Holstein sei ökologischer, gerechter und weltoffener geworden, strich Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben heraus. Und Lars Harms (SSW) lobte die „Investitionen in Bildung, soziale Infrastruktur und Kultur“. Diese förderten „die Identität und Vitalität unseres Landes“.

Drei Kernpunkte der Koalition:

- **23 Millionen Euro** gibt es für das neue „Krippengeld“ von 100 Euro pro Monat.
- **30 neue Stellen** beim Landesbetrieb Straßenbau sollen die Verkehrsplanung beschleunigen.
- **400 Polizisten** sollen befördert werden.

Die Regierung habe das Land trotz Rekordeinnahmen nicht auf schwierige Zeiten vorbereitet, urteilte CDU-Oppositionsführer Daniel Günther. Fast 1.000 Euro pro Bürger und Jahr habe die Regierung mehr zur Verfügung als ihre Vorgänger. Davon merkten die Bürger aber nichts. Den Unterrichtsausfall bekomme Rot-Grün-Blau nicht in den Griff, und die Hochschulen seien inzwischen „finanziell von allen anderen Bundesländern abgehängt“.

Drei Kernforderungen der CDU:

- **400 neue Lehrerstellen** will die Union schaffen.
- **90 Millionen Euro** mehr sollen in die Landesstraßen fließen.
- **30 neue Stellen** sollen im Justizvollzug geschaffen werden.

FDP-Finanzexperte Heiner Garg attackierte die niedrige Investitionsquote von 7,2 Prozent. Das Land müsse mehr in Bildung, Verkehrswege, Gesundheit und digitale Infrastruktur investieren, um Wachstum und Wohlstand zu sichern.

Drei Kernforderungen der FDP:

- **148 Millionen Euro** mehr Investitionen fordern die Liberalen, um die Quote auf 8,5 Prozent zu treiben.
- **20 Millionen Euro** sollen verwendet werden, um die Kita-Beiträge auf 200 Euro zu begrenzen. Das „Krippengeld“ will die FDP abschaffen.
- **Eine zweite Einsatz-Hundertschaft** soll die Landespolizei bekommen.

Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer will „stärker investieren in Verbraucherberatung, Datenschutz, Tierschutz, Integration und Mobilität im ländlichen Raum“. Außerdem solle Schleswig-Holstein „endlich die Chancen der digitalen Revolution nutzen.“

Drei Kernforderungen der Piraten:

- **4,5 Millionen Euro** extra sollen in den Breitbandausbau an Schulen gehen.
- **20 Millionen Euro** mehr soll es für die Kitas geben.
- **110.000 Euro** sollen die Verbraucherzentralen bekommen, um ihr bisheriges Angebot aufrechtzuerhalten.

(Drucksachen 18/4918, /4965, /4966, /4967)

Sieben Zahlen für 2017

- 11,289** Milliarden Euro will das Land ausgeben.
- 11,335** Milliarden nimmt das Land ein.
- 47** Millionen Euro sollen in die Tilgung fließen.
- 1969** wurde das Haushaltsrecht mit der Finanzverfassungsreform neu gestaltet. Seitdem hat der Landtag noch nie einen schuldenfreien Etat verabschiedet. Der Haushalt 2017 ist die Premiere.
- 7,2** Prozent der Ausgaben, 811 Millionen Euro, fließen in Investitionen. Das ist einer der niedrigsten Werte in diesem Jahrhundert.
- 27** Milliarden Euro beträgt der Schuldenberg des Landes.
- 5** Milliarden Euro beträgt nach Angaben der Landesregierung der Sanierungsstau in der Infrastruktur des Landes. Auch die Versorgungskosten für die Landesbeamten sowie möglicherweise die HSH Nordbank werden den Haushalt in Zukunft belasten.

Öl oder Ökologie: Watt nu?

Naturschutz kontra Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit: Der Landtag debattierte im November über mögliche weitere Ölbohrungen im Watt.



Das Wattenmeer in der Nordsee ist die größte zusammenhängende Wattlandschaft der Welt. 1985 wurde der schleswig-holsteinische Teil zum Nationalpark erklärt. Er ist zudem Weltnaturerbe und Biosphärenreservat der UNESCO, Vogelschutz- und Flora-Fauna-Habitat-Gebiet der EU, besonders empfindliches Meeresgebiet und Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung. Doch sieben Kilometer vor der Küste, am südlichen Rand des Nationalparks, befindet sich seit 1987 auch die größte deutsche Ölbohrinsel Mittelplate. 2012 hatte die damalige Landesregierung eine Verlängerung der Fördererlaubnis bis 2041 beschlossen. Die Deutsche Erdöl AG (DEA) hat Anträge auf weitere Erkundungsbohrungen gestellt, die Genehmigungen stehen aber noch aus. Vor diesem Hintergrund wollten die Piraten im November mit einer Gesetzesänderung Probebohrungen verbieten.

„Wir wissen alle, mit welchen Risiken eine solche Bohrung verbunden wäre: mit dem Risiko einer Ölkatastrophe“, begründete Patrick Breyer (Piraten) den Vorstoß. „In dieses wertvolle Gezeitengebiet gehören keine Probebohrungen, egal für welchen Zweck“, erklärte auch Thomas Hölck (SPD). In dieselbe Kerbe schlugen Marlies Fritzen (Grüne) und Flemming Meyer (SSW). Sie zitierten aus einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes. Die Landtagsjuristen stellen fest, dass bis 2041 nur von Mittelplate aus Erdölbohrungen erfolgen dürfen – an anderer Stelle jedoch nicht.

CDU und FDP sprachen sich hingegen für eine weitere Erkundung aus. Seit 30 Jahren sei aus der Plattform kein Tropfen Erdöl ausgetreten, betonte Heiner Rickers (CDU). Die DEA schaffe Arbeitsplätze und zahle viel Steuergeld in den Landeshaushalt. Mit zwei Dritteln der nationalen Rohölreserven sei

30 Millionen Tonnen Öl hat die Plattform Mittelplate seit 1987 gefördert. Das Öl wird durch eine Pipeline zu den Aufbereitungsanlagen in Dieksand bei Friedrichskoog (Kreis Dithmarschen) befördert.

Mittelplate das einzige deutsche Ölfeld mit Zukunft, schloss Oliver Kumbartzky (FDP) an.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) ließ offen, ob die DEA-Pläne rechtmäßig sind. Erdölbohrungen seien zwar laut Nationalparkgesetz unzulässig. Aber „wissenschaftliche Bohrungen“ seien „unter Umständen genehmigungsfähig“, so Habeck. Der Umwelt- und Agrarausschuss berät weiter.

(Drucksache 18/4809)

Einsatz für Trans- und für Homosexuelle

Transsexuelle sollen leichter als bisher ihren Namen oder ihre im Pass angegebene Geschlechtszugehörigkeit ändern können. SPD, Grüne, FDP, Piraten und SSW regten im November an, das Transsexuellengesetz auf Bundesebene zu reformieren. Die CDU enthielt sich. Sie forderte zunächst eine Ausschussberatung mit einer Expertenanhörung.

Vorname und Angaben zum Geschlecht sollten ohne „erniedrigende Begutachtung“ geändert werden können, so die Forderung.

Zur Bestimmung des Geschlechts solle „das subjektive Empfinden des betroffenen Menschen“ ausschlaggebend werden. Außerdem gehöre Transsexualität von der Liste der psychischen Krankheiten bei der Weltgesundheitsorganisation WHO gestrichen. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2011 Teile des Transsexuellengesetzes kritisiert. Schätzungen zufolge haben zwischen 1995 und 2014 etwa 17.000 Menschen ihren Vornamen und ihr Geschlecht ändern lassen.

Zudem hat es der Landtag im Dezember einstimmig als „diskriminierend“ gebrandmarkt, dass homo- und bisexuelle Männer von der Blutspende ausgeschlossen sind. Auch in diesem Fall erging der Appell an Berlin, die bestehenden Regelungen zu ändern.

(Drucksachen 18/4842 neu, /4900)

Wolfgang Kubicki (FDP): „Wir hören hier dauernd von der CDU, wenn wir Anträge stellen: Oh, was für ein Mist, ihr wart schneller als wir!“

Hans-Jörn Arp (CDU): „Das habe ich nie gesagt!“

Wolfgang Kubicki: „Das hast du mir heute Morgen gerade gesagt! Nicht so gründlich vielleicht, aber jedenfalls schneller!“

(10. Juni)

Kai Dolgner (SPD): „Sie vergleichen hier nicht Äpfel mit Birnen – das ist wenigstens beides Obst –, Sie vergleichen hier Äpfel mit Pilzen!“

Heiner Garg (FDP): „Wohin gehören Pilze eigentlich, ist das Gemüse?“

Kai Dolgner: „Pilze sind noch nicht einmal Pflanzen. Nein, das ist ein eigener Bereich. Das erkläre ich später.“

(21. Juli)

Peter Lehnert (CDU): „Es wäre natürlich hilfreich, wenn die SPD nicht nur dazwischenrufen würde.“

Ralf Stegner (SPD): „Das können wir aber auch!“

(17. November)

Worte des Jahres I:

Dialoge

Aus einer Rede im Plenarsaal entsteht manchmal ein Gespräch.

Wolfgang Kubicki (FDP): „Herr Meyer, sagen Sie doch einfach: Ich verweise auf die Vorlage!“

Reinhard Meyer (SPD, Verkehrsminister): „Ich kann nicht auf die Vorlage verweisen, weil meine Frau mir den Auftrag mitgegeben hat zu sagen, dass sie Videoüberwachung in Zügen gut findet, weil das ihr Sicherheitsempfinden erhöht!“

(10. Juni)

Wolfgang Kubicki (FDP):

„Frau von Kalben, im Gegensatz zu Ihnen sehe ich keine Talkshows, ich bin da gelegentlich Gast, aber ich sehe sie nicht.“

Eka von Kalben (Grüne): „Ihr Glück!“

(20. Januar)



Anke Erdmann (Grüne): „Frau Klahn, wenn Sie uns zeigen können, wo wir in der letzten Legislaturperiode gesagt haben, wir führen nach der Wahl ein beitragsfreies Kita-Jahr ein, kriegen Sie von mir eine Kiste Rotwein. Sonst schlage ich vor, wir machen es andersherum.“

Anita Klahn (FDP): „Kollegin Erdmann, verabreden wir uns lieber: Wir gehen schick essen.“

(10. Juni)

Martin Habersaat (SPD): „Sie haben Ihren Beitrag netterweise mit dem Hinweis darauf beendet, dass man den Schülerinnen und Schülern weitgehende Wahlmöglichkeiten einräumen soll.“

Anita Klahn (FDP): „Wozu haben wir denn die Wahlpflichtfächer?“

Martin Habersaat: „Als gewesener Lehrer bin ich der Meinung, dass diese Wahlmöglichkeiten Grenzen haben müssen, weil sonst der Mathematikunterricht von den meisten vermutlich schon in Klasse 5 abgewählt wird.“

(9. Juni)



Sandra Redmann (SPD):

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine erste Rede, die ich im Landtag halten durfte, war zum Thema ‚Verbot von Pelztierhaltung in Schleswig-Holstein‘.“

Martin Habersaat (SPD): „Das was noch in Schwarz-Weiß!“

Heiner Garg (FDP): „Du bist ja heute sehr charmant!“

Sandra Redmann: „Das ist wirklich uncharmant. Kann es dafür eine Rüge geben, Herr Präsident?“

(14. Oktober)



Ralf Stegner (SPD): „Man muss auch gönnen können, heißt es bei den Rheinlandern. Das sollten vielleicht auch Sie.“

Christopher Vogt (FDP): „Ich kann durchaus gönnen, Herr Dr. Stegner. Aber so viel Glück, wie Sie beim Thema Staatsfinanzen hatten, muss man erst einmal haben.“

(18. November)

Lars Harms (SSW): „Mir ist klar, dass es hier bundesweit noch unterschiedliche Auffassungen gibt.“

Hans-Jörn Arp (CDU): „Das ist meine Rede von vor fünf Jahren!“

Lars Harms: „Genau, das ist meine Rede von vor fünf Jahren!“

(9. Juni)



Sven Krumbeck (Piraten): „Ich gebe zu, dass mein Verhältnis zur deutschen Sprache wie mein Verhältnis zu meiner Frau ist: Ich liebe sie, ich bewundere sie, ich verstehe sie meistens, aber ich beherrsche sie nicht.“ Das ist ein Zitat des früheren schwedischen Außenministers Hans Blix, und er hat recht.“

(9. Juni)

Wolfgang Dudda (Piraten): „Ich mache es wie der Kollege Habersaat und beende meine Rede mit einem Zitat, und zwar mit einem Zitat von Abraham Lincoln, der gesagt hat: ‚Es ist besser zu schweigen und als Idiot verdächtigt zu werden, als zu reden und dadurch alle Zweifel zu beseitigen.‘“

(22. Juli)

Anke Spoorendonk (SSW, Justizministerin): „Liebe Frau Ostmeier, Sie sind ja sehr engagiert, das rechne ich Ihnen hoch an. Aber auch Sie müssen sich gefallen lassen, dass vieles von dem, was Sie sagen, ein bisschen an das erinnert, was Groucho Marx gesagt haben soll: ‚Meine Damen und Herren, ich habe meine Ideale, aber wenn sie Ihnen nicht passen, habe ich auch noch andere.‘“

(21. Juli)

Martin Habersaat (SPD): „Enden möchte ich mit einem Zitat, das der Mutter von Forrest Gump zuzuschreiben ist und das ich Ihnen für die nächste namentliche Abstimmung mitgeben möchte, meine Damen und Herren: ‚Dumm ist, wer Dummes tut.‘“

(22. Juli)

Peter Eichstädt (SPD): „Ich wandle einen Spruch von Luther ab, den schon Bismarck verwendet hat, um Dinge deutlich zu machen, und sage: Wenn morgen die Welt untergehen würde, würde ich heute in die CDU eintreten, dann da passiert alles zehn Jahre später.“

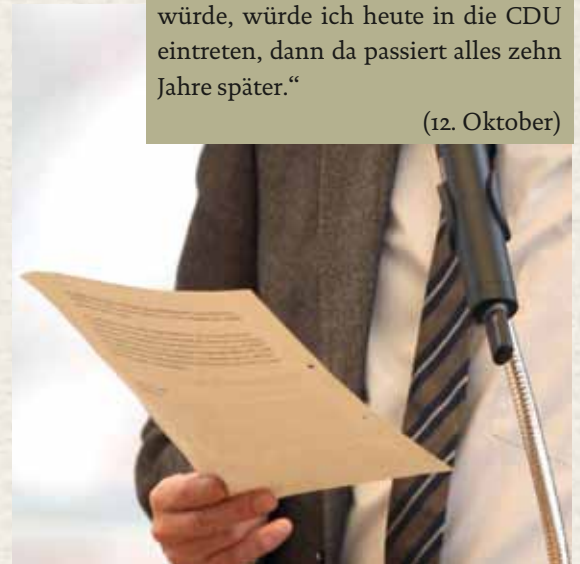
(12. Oktober)



Worte des Jahres II:

Zitate

Eine gute Rede wird mitunter noch besser, wenn man sich auf namhafte Quellen beruft.



Hans Hinrich Neve (CDU): „Ich zitiere unseren Bundesfinanzminister Schäuble, der am 24. Februar 2016 gegenüber der ‚Südwest Presse‘ gesagt hat: ‚Das Bargeld wird nicht abgeschafft. Punkt! Und selbstverständlich darf auch künftig jeder über so viel Bargeld verfügen, wie er möchte!‘ Ob er das unter der Matratze oder sonst wo hortet, das ist die Sache jedes Einzelnen.“

(10. März)

Daniel Günther (CDU): „Es gipfelte in dem Zitat eines grünen Spitzenpolitikers, der allen Ernstes erklärt hat: ‚Es ist die autoritäre Denke der Rechtspopulisten, wenn Juden, Muslime, Vegetarier und Veganer zum Schweinefleischkonsum gezwungen werden sollten.‘ Diese Form der Diskussion schreckt die Menschen in unserem Land ab, das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit.“

(9. März)

Ralf Stegner (SPD): „Ich finde, hier gilt das, was die Voltaire-Biografin Evelyn Beatrice Hall gesagt hat. Sie hat Voltaire mit dem Satz zitiert: ‚Ich missbillige, was Sie sagen, aber ich werde bis zum Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.‘ Das ist die für eine Demokratie angemessene Haltung. So sollten wir mit Meinungsfreiheit umgehen.“

(28. April)

Torge Schmidt (Piraten): „An dieser Stelle möchte ich gern aus der ‚Süddeutschen‘ vom 29. September 2011 zitieren: ‚Alleine der kurze Weg zur Toilette ist der reinste Spießrutenlauf. Drei Umarmungen von wildfremden, besoffenen Männern, zwei Klapse auf den Hintern, ein hochgehobener Dirndlrock und ein absichtlich ins Dekolleté geschütteter Bierschwall sind die Bilanz von dreißig Metern. Es ist Samstag, 11 Uhr morgens im Hofbräuzelt. Der Wiesntag hat gerade angefangen.‘ Dieses Zitat dokumentiert, dass dies schon länger ein Problem unserer Gesellschaft darstellt und nicht erst in der Silvesternacht entstanden ist.“

(20. Januar)



Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Gleichstellungsbeauftragte: Die hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Lande sollen grundsätzlich vollzeitbeschäftigt werden. Das will die Landesregierung per Gesetz erreichen. Derzeit gibt es 74 hauptamtliche Beauftragte in Gemeinden und Ämtern mit mehr als 15.000 Einwohnern. Häufig arbeiten sie in Teilzeit. Das Sozialministerium will nun die Kommunen verpflichten, hauptamtliche Beauftragte „grundsätzlich vollzeitig und nur ausnahmsweise teilzeitig“ anzustellen. Außerdem sollen die Gleichstellungsbeauftragten längere Widerspruchsfristen bekommen, wenn sie eine Behördenentscheidung kritisch sehen. Derzeit haben sie drei Werktag Zeit. Künftig sollen es zwei Wochen sein. Die Kommunalverbände fürchten Extra-Kosten. Sie erwägen eine Verfassungsklage. Zunächst beraten der Sozial- und der Innenausschuss. (Drucksache 18/4860)

Straßenausbau: Sollen Kommunen wieder selbst entscheiden, wie hohe Beiträge sie von ihren Bürgern für den Straßenausbau verlangen? CDU und Piraten fordern, dies den Gemeinden zu überlassen. Die FDP will prüfen, ob die Abgaben ganz abgeschafft werden können. Im Gegenzug wollen die Liberalen die Finanzausgleichsmasse für die Kommunen erhöhen. Koalition und Landesregierung argumentierten in der November-Sitzung hingegen, ein Verzicht auf die Beiträge sei ungerecht und nicht finanzierbar. Zudem hätten sich auch die kommunalen Spitzenverbände gegen die Abschaffung ausgesprochen. Das Thema beschäftigt nun den Petitionsausschuss, den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss. (Drucksachen 18/4815, /4884)

Kommunalkpaket III: Schleswig-Holsteins Kommunen erhalten 100 Millionen Euro mehr vom Land. Das zwischen Landesregierung und kommunalen Spitzenverbän-

den ausgehandelte „Kommunalkpaket III“ beinhaltet in den nächsten zwei Jahren 45 Millionen Euro zusätzlich für Flüchtlingsaufgaben. Außerdem wird der Landesanteil an der Sanierung maroder Krankenhäuser um 54 Millionen Euro bis 2030 aufgestockt. Es sei „eine kluge Lösung“ gefunden worden, erklärte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) im November in einer Aktuellen Stunde. Tobias Koch (CDU) schlug andere Töne an: „Die Landesregierung hat den Kommunen das absolute Minimum dessen zugestanden, was notwendig ist.“

Große Anfrage Ehrenamt: Landtag und Landesregierung haben den ehrenamtlich tätigen Menschen in Schleswig-Holstein gedankt. Deren Engagement trage zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei und sei „unbezahlbar“, hieß es in der Oktober-Sitzung. Anlass war eine Große Anfrage der CDU, die die Landesregierung auf 161 Seiten beantwortet hat. Demnach steigt die Zahl der Ehrenamtler an. Waren es 2009 noch 40 Prozent der Bevölkerung, so lag der Anteil 2014 bei 42 Prozent. Hauptbereich war der Sport, gefolgt von Schule und Kindergarten sowie Musik. Die Form der ehrenamtlichen Arbeit habe sich verändert, betonte Sozialministerin Kristin Alheit (SPD): Neben Freiwilligen, die dauerhaft eine Aufgabe übernehmen, gebe es mittlerweile auch viele Menschen, die zeitlich begrenzt und individuell aktiv werden. Petra Nicolaisen (CDU) mahnte, viele Ehrenamtler bräuchten Unterstützung, wenn es um die Buchführung oder das Ausfüllen sperriger Anträge gehe. (Drucksache 18/4652)

Freie Wohlfahrtspflege: Die Union hat für ihre Forderung, die finanziellen Zuschüsse an die freie Wohlfahrtspflege auf eine eigene gesetzliche Grundlage zu stellen, keinen Zuspruch gefunden. Damit bleibt offen, wie es mit der derzeit über den Sozialvertrag I geregelten Unterstützung

von Arbeiterwohlfahrt, Caritas und Co. nach 2018 weitergeht. Bis dahin stehen den Verbänden jährlich rund zwei Millionen Euro zur Verfügung. Der CDU-Entwurf sah vor, ab 2017 jährlich 2,2 Millionen Euro in die Wohlfahrtspflege zu stecken. Grundsätzlich unterstützten alle Fraktionen ein Wohlfahrtsgesetz. Der CDU-Entwurf stehe aber im Widerspruch zum Europarecht, hieß es bei Nord-Ampel, FDP und Piraten. Mit seiner Ablehnung verweigere der Landtag den rund 2.000 gemeinwohlorientierten Einrichtungen die Planungssicherheit, bedauerte Katja Rathje-Hoffmann (CDU) das Votum. (Drucksachen 18/3809, /4424)

Kommunalinvestitionen: Knapp 100 Millionen Euro an Bundesmitteln stehen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen in Schleswig-Holstein bereit, doch es sind nicht einmal 20 Prozent davon abgerufen worden. Diese Zahlen nannte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) im Oktober auf Antrag der FDP und brachte damit die Opposition auf die Zinnen: Die Landesregierung enthalte den Kommunen „absichtlich und wissentlich“ Geld vor und setze die Kriterien für die Förderung zu eng, lautete der Vorwurf von Liberalen, CDU und Piraten. Hintergrund: Der Bund gewährt den Ländern seit 2015 Finanzhilfen aus dem „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“. Das Geld soll armen Kommunen zugutekommen – in Schleswig-Holstein sind das 47 der rund 1.100 Kommunen, darunter die vier kreisfreien Städte und acht der elf Landkreise. Ende September seien 19,6 Millionen Euro beantragt und 15,1 Millionen Euro davon bewilligt worden, so Heinold. Sie betonte: „Die Landesregierung setzt den Schwerpunkt bei Klimaschutz und Bildung.“ Genau das stört die Opposition. Aus dem Katalog der vom Bund vorgegebenen Möglichkeiten sei das „die härteste und engste Fassung aller Bundesländer“, monierte Heiner Garg (FDP).

Politik verstehen, Demokratie schätzen lernen

60 Jahre politische Bildung in Schleswig-Holstein



„Politische Bildung ist keine
Feuerwehr, die gerufen wird,
wenn es irgendwo brennt“,

... sagt **Christian Meyer-Heidemann**, seit Anfang 2016 Landesbeauftragter für politische Bildung. Stattdessen sei es eine Daueraufgabe, „uns selbst zur Demokratie zu erziehen“. Mündige Bürger „entstehen nicht durch einen Crashkurs“, unterstreicht der ehemalige Uni-Dozent. Entscheidend sei es, schon früh mit dem Demokratie-Unterricht zu beginnen. Meyer-Heidemann fordert deswegen, das Fach Wirtschaft/Politik schon ab der 5. Klasse zu unterrichten. Eine große Herausforderung sei es zudem, Flüchtlingen aus anderen Kulturen die demokratischen Spielregeln näherzubringen. Der Landesbeauftragte hat deswegen gemeinsam mit weiteren Bildungsträgern das Projekt „New Ways for Newcomers“ ins Leben gerufen. Hier unterrichten Flüchtlinge ihre Landsleute in deren Heimatsprachen über Demokratie, Menschenrechte und Frauenrechte.



„Demokratie
verspricht nicht das
Paradies auf Erden“,

... sagt **Landtagspräsident Klaus Schlie**. Die Demokratie sei niemals perfekt, sie lebe von ihrer Unfertigkeit. Dennoch: „Demokratie ist anspruchsvoll, und sie kennt keinen Stillstand.“ Daher sei jede neue Generation aufgerufen, sich für die Demokratie einzusetzen. Man dürfe dabei nicht diejenigen vergessen, die dem Parlamentarismus die kalte Schulter zeigten, so Schlie. „Sie zurückzugewinnen, ihnen deutlich zu machen, dass eine Demokratie auf niemanden verzichten will und kann, das ist entscheidend.“ Das politische System lebe vom Austausch unterschiedlicher Standpunkte. „Es wäre grundfalsch, den Eindruck zu erwecken, unsere Demokratie hielte keine gegensätzlichen Meinungen aus“, betont Schlie.



„Die politische Bildung
hat sich schnell Respekt und
Ansehen erworben“,

... sagt **Jürgen Weber**, Vorsitzender des 14-köpfigen Kuratoriums, das die Arbeit des Landesbeauftragten begleitet. Der Kieler SPD-Abgeordnete, studierter Historiker, hebt das Lebenswerk des ersten „Beauftragten für staatsbürgerliche Bildung“, Ernst Hessenauer, hervor. Dieser habe sich, obwohl selbst CDU-Mitglied, mehrfach mit der christdemokratisch geführten Landesregierung angelegt. Beispielsweise 1958 in der Debatte um den Landtagsabgeordneten Heinz Reinefarth, der während des Krieges als SS-General am zehntausendfachen Mord an polnischen Zivilisten beteiligt war (s. auch Landtagszeitschrift 2/2016). Oder 1980, als er nach dem Tod des Großadmirals Karl Dönitz vor einer „Verherrlichung“ des Kriegsverbrechers und Hitler-Nachfolgers warnte.



„Demokratie ist
kein Erbgut, das automatisch
auf die nächste Generation
übergeht“,

... sagt **Thomas Krüger**, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung in Berlin. Um junge Menschen zu erreichen, müssten „neue mediale Vertriebswege“ beschritten werden, „sonst kommen wir an bestimmte Leute nicht mehr ran“. So habe die Bundeszentrale mit dem ansonsten politikfernen TV-Sender RTL2 die Sendung „Helden des Alltags“ aufgelegt. Die „harte politische Kost im Entertainment-Format“ habe eine hohe Quote erreicht. Auf YouTube arbeite Krüger mit Bloggern wie LeFloid oder Hatice Schmidt zusammen. Dennoch werde die politische Bildungsarbeit nicht alle Frustrierten und Desinteressierten erreichen können, hat Krüger festgestellt: „Denn viele Unzufriedene halten sich schon für politisch gebildet.“

Schutz von Grenzen, Schutz von Menschen

Die Flüchtlinge, die Slowakei und die EU

Der Zustrom an Flüchtlingen stellt Europa vor eine Zerreißprobe. Vor allem osteuropäische Länder wehren sich dagegen, Asylsuchende nach festen Quoten aufzunehmen. Dort werde gegen Flüchtlinge „polemisiert“, kritisiert der Berliner Migrationsforscher Marcus Engler. Matúš Bušovský, Gesandter der slowakischen Botschaft, hält dagegen: Es gebe einen großen Unterschied zwischen Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten. Beide Standpunkte prallten Mitte Oktober im Landeshaus aufeinander. Anlass der Debatte: Die Slowakei hatte im zweiten Halbjahr 2016 die EU-Ratspräsidentschaft inne (siehe Kasten).



Rund 50 Gäste verfolgten die Debatte, zu der die Europäische Bewegung Schleswig-Holstein und der Europausschuss geladen hatten.

Etwa 20 Millionen Menschen seien derzeit aus ihren Heimatländern geflüchtet, rechnete Marcus Engler vor.



Das seien lediglich 0,3 Prozent der Weltbevölkerung. Und nur ein Bruchteil von ihnen wolle nach Europa. „Es wäre leicht, das Problem zu bewältigen“, so Engler. Allein, es fehle am politischen Willen. Die EU habe keine „innere Solidarität“ in dieser Frage. „Nur beim Grenzschutz sind sich alle einig.“ Da es keine legalen Migrationskanäle gebe, bleibe den Flüchtlingen nur der gefährliche illegale Weg. Die Folge: Allein seit dem Jahr 2000 seien 30.000 Menschen auf dem Weg nach Europa umgekommen. Das Sorge hier aber „nur bei großen Tragödien“ für Empörung, wie etwa beim Schiffsunfall vor der italienischen Insel Lampedusa mit Hunderten Toten im Jahr 2013. Dann gebe es Schuldzuweisungen, Abwehrmechanismen – und schließlich die Rückkehr zur Tagesordnung. Englers Appell: „Es geht nicht nur um den Schutz von Grenzen, sondern auch um den Schutz von Menschen.“

„**D**ie EU muss das Vertrauen ihrer Bürger wieder stärken“, forderte Matúš Bušovský.



Und dazu gehörten als zentrale Punkte der Schutz der Außengrenzen und die Rückkehr zu einem funktionierenden Schengen-Raum innerhalb der Staatengemeinschaft. Der Diplomat machte sich für ein gemeinsames EU-Asylsystem und eine „faire Lastenverteilung“ zwischen den Mitgliedsländern stark. Zudem gehe es darum, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Europa müsse mit afrikanischen Regierungen in den Dialog treten, um die „Perspektivlosigkeit in vielen Staaten“ anzugehen und um illegale Migration in legale umzuwandeln. Mit dieser Position, so Bušovský, liege die Slowakei „zu 95 Prozent“ auf der Linie der Bundesregierung. „Auch wir nehmen Flüchtlinge auf“, stellte der Gesandte klar. Zwar sei sein Land Mitglied der asylkritischen Visegrád-Gruppe. Es sei aber „nicht gerecht, uns deswegen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zu vergleichen.“

Ratspräsidentschaft: Chef für sechs Monate

Nach einer festgelegten Reihenfolge übernimmt jedes EU-Mitglied für sechs Monate die Ratspräsidentschaft. Das bedeutet: Das Land organisiert und leitet die Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Fachminister. Es vermittelt bei Streitigkeiten und setzt eigene politische Akzente. Die 2004 beigetretene Slowakei hatte zwischen Juli und Dezember 2016 erstmals die Chefrolle inne. Sie folgte auf die Niederlande und übergibt zu Beginn des neuen Jahres an Malta. Dann folgen Estland, Bulgarien, Österreich und Rumänien. Großbritannien, ursprünglich für die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2017 vorgesehen, schied wegen des Brexit-Votums aus. Deutschland übernimmt wieder im Juli 2020.

Pragmatismus und Überlebenskampf: Wie die 80er-Jahre bis heute nachwirken

Gespräch mit dem Schriftsteller Philipp Schönthaler

Unter einer bunten Oberfläche aus Mode und Popmusik lauerte in den 1980er-Jahren die Angst vor Atomkrieg und Umweltkatastrophen – aber auch ein neuer Individualismus. Diese beiden Trends kommen in einer literarischen Mode dieses Jahrzehnts zum Ausdruck, wie der Stuttgarter Schriftsteller Philipp Schönthaler festgestellt hat: den Survival-Büchern, verfasst etwa von dem abenteuerforschenden Bäckermeister Rüdiger Nehberg. Schönthaler beschreibt diese Bücher und ihre Zeit in seinem Essay „Survival in den 80ern – der dünne Pelz der Zivilisation“. Anfang November stellte der 1976 geborene Autor und Literaturwissenschaftler sein Werk vor rund 100 Gästen im Plenarsaal vor. Und er sprach mit der Landtagszeitschrift darüber, wie sich die Jugend von heute von der „Generation 1980“ unterscheidet.



Herr Schönthaler, im August hat die Bundesregierung eine Broschüre unter dem Titel „für den Notfall vorgesorgt“ herausgegeben. Darin wird empfohlen, sich auf mögliche Katastrophen vorzubereiten. Mit 4,9 Kilogramm Nudeln, Reis und Kartoffeln kann ein Mensch demnach 14 Tage überleben. Das kam fast pünktlich zur Veröffentlichung Ihres Buches...

Ich war tatsächlich überrascht, habe es aber eher als witzigen Zufall verbucht. Meiner Beobachtung nach wurden Selbstversorgerbücher nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wieder populär, aber ich hätte nicht erwartet, dass die Regierung auch darauf anspringt.

In Ihrem Buch beschreiben Sie die 80er-Jahre als „fremd und skurril anmutende Zeit“. Die damalige Jugend reagierte auf Wettrüsten und Waldsterben mit „unverständlichem Pathos“. Gab es bei Jugendlichen in den 80ern eine Lust am Untergang?

Ich habe mit 13 Jahren angefangen, Survival-Literatur zu lesen, das erste Buch stammte von Rüdiger Nehberg. Das war Ende der 80er-Jahre. Ich hatte noch im Kopf, dass es um Fertigkeiten in der Wildnis ging. Als ich diese Bücher aber jetzt wieder hervorgeholt habe, war ich irritiert über die großen Bedrohungsszenarien, die in den Vorworten entfaltet wurden. Der Kalte Krieg ging in den 80er-Jahren ja noch einmal in eine heiße

Phase. Dennoch war ich in meinen Recherchen erstaunt, wie verbreitet und tiefgreifend diese Untergangsstimmung war, und welche pathetischen Erklärungen es nicht nur von Survivalisten, sondern beispielsweise auch vonseiten der Grünen und der Friedensbewegung gab.

Heute ist die Unsicherheit viel konkreter. Stichworte: Syrien-Krise, Ukraine-Krise, Euro-Krise, Flüchtlingskrise. Die Jugend reagiert aber ganz anders, nämlich laut Studien mit „Anpassung“ beziehungsweise sogar „Überanpassung“...

Das finde ich spannend, und ich merke das auch an der Uni, wo ich in den letzten Jahren meine eigenen Begegnungen mit der jungen Generation hatte. Es dominiert eine sehr pragmatische Einstellung. Meiner Meinung nach handelt es sich dabei um die Spätfolgen des Neoliberalismus, wie er Anfang der 80er-Jahre implementiert wurde. Die Mentalität lautet: wettbewerbs- und lösungsorientiert denken.

Ist Anpassung nicht auch eine Überlebenstaktik?

Genau. Die 80er-Jahre stehen in dieser Hinsicht für eine Auflösung des Sozialvertrags und eine Entsolidarisierung, die auf Individualisierung setzt. Gemäß dem Diktum Margaret Thatchers, dass es keine Gesellschaft, nur Familien und Individuen gebe. Das Survival setzt diese Preisgabe einer Verpflichtung auf Solidarität ja sehr konkret um.

In Fernsehen, Musik oder Mode liegen die 80er seit Jahren im Trend. Laut einer Umfrage sehnen sich 47 Prozent der Westdeutschen nach dieser Zeit zurück. Was fasziniert die Menschen an diesem Jahrzehnt?

Vielleicht gibt es mittlerweile insgesamt eine gewisse Sehnsucht nach der alten Bundesrepublik und nach der Glasglocke, unter der man damals ja auch lebte. Viele Menschen denken möglicherweise an die schrille, bunte Kleidermode zurück und assoziieren mit den 80ern eine gewisse Unbekümmertheit.

Ein Unterschied der damaligen Jugend zur heutigen ist das Verhältnis zum technischen Fortschritt. Damals wurde er als Bedrohung betrachtet. Heute gibt es einen souveränen, ja geradezu unbedarften Umgang mit Internet oder Smartphone...

Ja, da stimme ich zu. Ich finde es irritierend, dass der pragmatische Umgang mit der Technik einer grundsätzlichen Reflexion kaum Raum gibt. Früher vertraten das linksalterna-tive Milieu oder die Friedensbewegung alternative Gesellschaftsentwürfe. Die heutige Zeit ist von Individualisierung geprägt, und wir haben wahrscheinlich noch nicht verstanden, dass das Internet zwar Allianzen schmieden kann, aber gleichzeitig diesen Trend der Vereinzelung befördert. Es ist erstaunlich, dass beispielsweise die Überwachung durch Technik offenbar viele Menschen gar nicht stört.

Interview: Karsten Blaas



Blickpunkt Wahljahr 2017



Ministerpräsident **Torsten Albig** geht als Spitzenkandidat der SPD in den Wahlkampf. Ein Parteitag Ende November in Neumünster nominierte Albig, der auch im Wahlkreis Kiel-Nord antritt, für den Listenplatz eins. Die Wahl erfolgte per Akklamation. Die gesamte Liste wollen die Sozialdemokraten Ende Januar aufstellen. +++ **Kai Vogel** will für die SPD sein Direktmandat im Wahlkreis Pinneberg verteidigen. +++ In Pinneberg-Elbmarschen tritt erneut **Thomas Hölck** für die Sozialdemokraten an. +++ **Birte Pauls** geht für die SPD wieder im Wahlkreis Schleswig ins Rennen. +++ Im Wahlkreis Ostholstein-Süd bewirbt sich **Sandra Redmann** für die SPD um das Direktmandat. +++ Den Wahlkreis Plön-Ostholstein will **Regina Poersch** für die SPD gewinnen. +++ **Stefan Bolln** ist SPD-Kandidat im Wahlkreis Steinburg-West. +++

Die Grünen haben **Monika Heinold** als Spitzenkandidatin und Nummer eins der Landesliste nominiert. Die Finanzministerin, die wie Albig im Wahlkreis Kiel-Nord antritt, erhielt Ende November in Neumünster 97,3 Prozent der Delegiertenstimmen. Auch bei den Grünen steht die weitere Landesliste Ende Januar auf dem Terminplan. +++ **Rasmus Andresen** ist Direktkandidat der Grünen in Flensburg. +++ Die Grünen-Fraktionsvorsitzende **Eka von Kalben** geht im Wahlkreis Pinneberg-Nord ins Rennen. +++ In Ostholstein-Süd startet **Marlies Fritzen** für die Grünen. +++ **Bernd Voß** kämpft für die Grünen um das Mandat in Steinburg-West. +++



Fraktionschef **Wolfgang Kubicki** führt die Landesliste der FDP an – zum sechsten Mal seit 1992. Das beschloss ein Parteitag in Neumünster Mitte November. Der Parlamentarische Geschäftsführer **Heiner Garg** steht auf Listenplatz 2 und bewirbt sich zudem direkt im Wahlkreis Kiel-Nord. Es folgt **Anita Klahn** (Platz 3, Wahlkreis Stormarn-Nord). **Christopher Vogt** und **Oliver Kumbartzky** sind auf den Plätzen vier und fünf. **Ekkehard Klug**, Abgeordneter seit 1992 und Bildungsminister von 2009 bis 2012, tritt als Direktkandidat in Kiel-West an, erreichte aber keinen Platz auf der Landesliste. +++

Auf dem Listenparteitag der Piraten im Oktober in Kiel bewarben sich drei aktuelle Abgeordnete: Fraktionschef **Patrick Breyer** wurde zum Spitzenkandidaten gewählt, Landesvorsitzender **Wolfgang Dudda** erreichte Platz 3, **Uli König** steht auf Listenplatz 6. +++

Der ehemalige CDU-Abgeordnete **Werner Kalinka** (von 1977 bis 1983 sowie von 2000 bis 2012 im Parlament) bewirbt sich um das Direktmandat im Wahlkreis Plön-Nord. +++ **Christina Musculus-Stahnke**, Abgeordnete von 2009 bis 2010, steht auf Platz 12 der FDP-Liste. Zudem bewirbt sie sich im Wahlkreis Kiel-Ost. +++

Für die Linkspartei geht der Ex-Abgeordnete **Uli Schippels** (im Landtag von 2009 bis 2012) auf Listenplatz 2 an den Start.

Runde Geburtstage

Harry Starck aus Mölln, von 1976 bis 1979 für die SPD im Landtag, hat am 8. Dezember seinen 85. Geburtstag gefeiert.

Klaus Haller aus Neumünster, von 1988 bis 2000 für die CDU im Landtag, hat am 6. Dezember seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Stefan Schmidt aus Lübeck, seit 2011 Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, hat am 9. Oktober seinen 75. Geburtstag gefeiert.

Ellen-Heidi Hebestreit aus Schenefeld, von 1987 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 25. November ihren 75. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Daniel Günther, CDU-Fraktionschef aus Eckernförde, ist neuer Landesvorsitzender seiner Partei. Er erhielt Mitte November auf einem



Parteitag in Neumünster 81,3 Prozent der Delegiertenstimmen. Günther, der keinen Gegenkandidaten hatte, löste Ingbert Liebing ab, der nach schlechten Umfragewerten zurückgetreten war. Auch als Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Mai 2017 ist Günther vorgesehen. Die Nominierung ist für Anfang Februar geplant. Unter den vier stellvertretenden Landesvorsitzenden sind mit **Tobias Koch** und **Astrid Damerow** zwei Landtagsabgeordnete. Schatzmeister der Nord-CDU bleibt **Hans-Jörn Arp**.

Bernt Wollesen, bislang stellvertretender Abteilungsleiter im Landesfinanzministerium, ist neuer Vizepräsident des Landesrechnungshofes (LRH). Der Landtag wählte ihn im Dezember mit großer Mehrheit. Lediglich fünf von sechs Piraten stimmten gegen Wollesen und forderten erneut eine öffentliche Ausschreibung des Postens. Neues Mitglied im Senat des LRH ist **Christian Albrecht**, ehemaliger Sprecher der FDP-Fraktion. Er traf im Oktober auf einhellige Zustimmung im Landtag. Der Wahlvorschlag stammte jeweils von der Landesregierung.

Marlies Heimann ist neue Präsidentin des Landesarbeitsgerichts. Der Landtag wählte die bisherige Vizepräsidentin im Dezember einstimmig. Zuvor hatte der Innen- und Rechtsausschuss Heimann angehört.

Peter Höver, Landeshauskorrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (sh:z) bleibt Vorsitzender der Landespressekonferenz Schleswig-Holstein. Als Stellvertreter bestätigt wurden Mitte November Ulf B. Christen („Kieler Nachrichten“), Sylvia Aust vom NDR-Fernsehen sowie Wolfgang Schmidt und André Klohn (beide Deutsche Presse-Agentur dpa). Schatzmeister bleibt Andreas Otto (Radio Schleswig-Holstein/R.SH). Die Landespressekonferenz vereint die Journalisten, die regelmäßig über die Landespolitik im Norden berichten.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-110 und 0431/988-111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Von David van Reybrouck. Göttingen: Wallstein 2016. 198 S.

Demokratie – jeder ist dafür, aber kaum einer glaubt mehr so recht daran, dass sie funktioniert, findet David van Reybrouck. Jedenfalls nicht mit Wahlen, denn immer weniger Menschen gehen wählen, und die Mitgliederzahlen der Parteien sinken dramatisch. Die westlichen Demokratien haben nach Meinung des belgischen Historikers ein zunehmendes Legitimitätsproblem und arbeiten zudem nicht effizient. Um dieses „Demokratiemüdigkeitssyndrom“ zu überwinden, empfiehlt van Reybrouck eine ständige Bürgerversammlung, die per Losentscheid zusammengesetzt wird und als Zweite Kammer die Gesetzesvorhaben eines gewählten Parlaments prüfen und abändern könnte.



Gute-Macht-Geschichten. Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen können. Von Daniel Baumann und Stephan Hebel.

Frankfurt am Main: Westend Verlag 2016. 247 S.

Hinter der Formelsprache der Regierenden verbergen sich, sorgfältig verklausuliert, sehr konkrete Inhalte, Ideologien und Ziele. Damit die Bürger verstehen, was die Politik meint, nehmen Stephan Hebel und Daniel Baumann, Redakteure der „Frankfurter Rundschau“, die Floskeln der Macht unter die Lupe. In diesem Wörterbuch übersetzen sie die Begriffe in leicht verständlichen Klartext – zum Beispiel „alternativlos“, „Reform“, „Bürokratieabbau“ oder „Wettbewerbsfähigkeit“.



Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch.

17. Shell Jugendstudie. Konzeption und Koordination: Mathias Albert, Klaus Hurrelmann, Gudrun Quenzel & TNS Infratest Sozialforschung.

Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch 2015. 447 S.

Dieses Standardwerk der Jugendforschung in Deutschland untersucht, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen Jugendliche heute aufwachsen. Die 17. Shell-Jugendstudie widmet sich zum ersten Mal einer Generation, die ausschließlich im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen ist. Wie die Zwölf- bis 25-Jährigen denken und fühlen, was sie hoffen und fürchten, kann hier nachgelesen werden. Das Fazit: Die heutige Jugend schwankt „zwischen pragmatischem Idealismus und robustem Materialismus“.

Platt-Emmi: Bewerber gesucht

Im kommenden Jahr vergeben Landtag, Bildungsministerium und Heimatbund wieder die „Emmi für Plattdütsch in Sleswig-Holsteen“. Der Preis wird alle zwei Jahre verliehen. Bewerben können sich Kitas, Schulklassen, Uni-Gruppen oder Vereine, die das Niederdeutsche pflegen – etwa mit Theater, Musik, Filmen, Websites oder frischen Ideen zur Sprachvermittlung.

Die Bewerbungsunterlagen gibt es unter www.sh-landtag.de/emmi.pdf. Bewerber sollten eine Filmsequenz oder eine Präsentation über ihr Platt-Projekt anfertigen.

Einsendeschluss ist der 30. April 2017, die Preisverleihung ist für Ende Juni in Kiel geplant. Weitere Infos gibt es unter Tel. 0431/988-1164 oder per Mail: plattdeutsch@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltuschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Tim Peukert, Frank Peter, Grafikfoto/Michael Staudt, Archiv des Landtages, Landesarchiv, S. Hofschlaeger (pixelio.de), Brigitta Hohenester (pixelio.de), Thommy Weiss (pixelio.de), Hartmut910 (pixelio.de), DEA Deutsche Erdöl AG, dpa-Bildfunk, Wallstein-Verlag, Westend-Verlag, Fischer-Taschenbuchverlag, flas100 (Fotolia), gpointstudio (Fotolia), Peter Atkins (Fotolia), Stadtarchiv Kiel 6743/Friedrich Magnussen

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

16. Dezember 2016

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Mit plattdüütsche Riemels dörch dat Johr

In dieser Gedichtreihe beschreibt Marianne Ehlers ihre Eindrücke von den Jahreszeiten – zum Abschluss widmet sie sich dem schleswig-holsteinischen Winter. Marianne Ehlers, Jahrgang 1953, ist niederdeutsche Bibliothekarin, Autorin und Sprachpolitikerin. Sie ist Referentin für Niederdeutsch des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes und Landesvertreterin im Bundesrat für Niederdeutsch. Besuchern des Landtages ist Marianne Ehlers durch den Offenen Besucherabend bekannt. Regelmäßig führt sie Interessierte „op Platt“ durch das Landeshaus. Die nächste plattddeutsche Führung ist am Montag, den 6. März, um 18:00 Uhr.

Wannern dörch den Winter

*Keen Blatt mehr an'n Boom
Wind weiht över 't wiede Feld
en Kreih de kriescht
flüggt över uns henweg*

*de Welt liggt in'n Droom
Sünn steiht över 't witte Land
en Reh dat schrickt
löppt över unsen Padd*

*wi wannert wi wannert
wi leevt wi sünd dor
wi all miteenanner
wi Minschen*

*uns Fööt dreegt uns wiet
Wind nimmt uns an de Hand
de Küll de snitt
uns liesen in't Gesicht*

*wi wannert wi Minschen
wohen un wo wiet
wi sünd bienanner
wi Minschen*

Marianne Ehlers



Der rumänische Staatspräsident Klaus Werner Johannis wurde Ende September im Plenarsaal mit dem Hermann-Ehlers-Preis ausgezeichnet. Johannis, der der deutschen Minderheit der Siebenbürger Sachsen angehört, erhielt die Auszeichnung für seinen Kampf gegen Korruption und für mehr Rechtsstaatlichkeit in seinem Land. Als Teil des Festakts gab Justus Frantz (re.), langjähriger Intendant des Schleswig-Holstein-Musikfestivals, ein kurzes Konzert.



Der Parlamentspräsident der Republik Albanien, Ilir Meta, hat den Landtag Anfang November besucht und sich ins Gästebuch eingetragen. Meta und seine Delegation trafen mit dem Ältestenrat zusammen und diskutierten über wirtschaftliche Fragen, Tourismus und die Förderung von Jugendbegegnungen.

Zu Besuch im Landeshaus

Die Erntekrone schmückte auch im Herbst 2016 wieder die Eingangshalle des Landeshauses. Das Schmuckstück wird im jährlichen Wechsel von einem Kreisverband der Landjugend angefertigt, dieses Mal kam die Krone aus Ostholstein. Die Ortsvorsitzenden Ingrid Muus und Stefan Franzen hievt sie gemeinsam mit Landtagspräsident Klaus Schlie in die Höhe.



In der Weihnachtszeit strahlte wieder das „Friedenslicht“ in der Eingangshalle des Landeshauses. Pfadfinder Jan-Eike Altpeter übergab die Flamme, die alljährlich in der Geburtskirche in Bethlehem entzündet wird, an Landtagspräsident Klaus Schlie.

Nr. 4/2016 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine, Termine ...

Thomas Mann trifft Theodor Storm

Am 14. September 2017 jährt sich der Geburtstag Theodor Storms (1817 – 1888) zum 200. Mal. Zum Auftakt des Storm-Festjahres zeigt der Landtag die vom Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum Lübeck und vom Theodor-Storm-Zentrum Husum geschaffene Ausstellung „Bürger auf Abwegen: Thomas Mann und Theodor Storm“. Mitveranstalter ist die Investitionsbank Schleswig-Holstein.

Der Literaturnobelpreisträger Mann (1875 – 1955) fühlte sich dem Schöpfer des „Schimmelreiters“ tief verbunden. Die Ausstellung widmet sich der Wertschätzung des Lübeckers für den Husumer. Sie ist **vom 20. Januar bis zum 21. Februar** täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr im Landeshaus zu sehen. Der Eintritt ist frei. Gäste werden gebeten, ihren Personalausweis mitzubringen. Am **Montag, den 6. Februar**, um 19:00 Uhr, wirft eine Begleitveranstaltung einen vertieften Blick auf das Thema. Als Redner sind Prof. Hans Wißkirchen, Präsident der Deutschen Thomas-Mann-Gesellschaft, und Prof. Philipp Theisohn, Präsident der Theodor-Storm-Gesellschaft, eingeladen. Der Kurator Prof. Heinrich Detering wird die Ausstellung vorstellen. Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr im Plenarsaal.

Interessierte werden gebeten, sich bis zum 1. Februar anzumelden: anmeldung@landtag.ltsh.de

Die Kieler Kunsthalle stellt sich vor



Noch bis zum 13. Januar 2017 sind im Landeshaus Kunstwerke aus dem Bestand der Kieler Kunsthalle zu sehen. Die Ausstellung umfasst Gemälde, Grafiken und Videos – eine kleine Auswahl aus dem mehr als 40.000 Werke umfassenden Fundus. Die Ausstellung ist Teil der Reihe „Kunst aktuell im Landeshaus“, die der Landtag gemeinsam mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein veranstaltet. Die Schau steht täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr offen. Interessierte sollten ihren Personalausweis dabei haben.

Holocaust-Gedenktag am 26. Januar in Rendsburg

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus lädt der Landtag am Donnerstag, den 26. Januar, ins Stadttheater Rendsburg, Hans-Heinrich-Beisenkötter-Platz 1.

Die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch sowjetische Truppen jährt sich am 27. Januar zum 72. Mal. Weil der Termin in diesem Jahr auf einen Freitag fällt, an dem der jüdische Sabbat beginnt, wurde die Veranstaltung auf Donnerstag verlegt. Im Zentrum steht eine Gedenkrede des 1927 in Berlin geborenen Rabbiners William Wolff. Abiturienten der Rendsburger Herderschule sprechen über die Lebenserinnerungen von Fred Ring, der seine Kindheit als Sohn einer jüdischen Familie in Rendsburg verbrachte. Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr. Um Anmeldung wird gebeten beim Referat für Öffentlichkeitsarbeit. E-Mail: anmeldung@landtag.ltsh.de

Der Landtag lädt zum Offenen Besucherabend

Das Referat für Öffentlichkeitsarbeit lädt auch im Jahr 2017 zum Offenen Besucherabend ins Landeshaus. An elf Montagen stehen der Plenarsaal sowie weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Drei Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 30. Januar, 27. Februar, 6. März (**op Platt**), 24. April, 26. Juni, 3. Juli (**op Platt**), 25. September, 30. Oktober, 6. November, 27. November (**op Platt**).

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im neuen Jahr wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 5. Januar: Lübeck

Dienstag, 17. Januar: Heide

Dienstag, 31. Januar: Schwarzenbek

Donnerstag, 2. Februar: Lübeck

Dienstag, 21. Februar: Heide

Donnerstag, 2. März: Lübeck

Dienstag, 21. März: Heide

Dienstag, 28. März: Schwarzenbek

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termine in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, von 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.